

Niedersächsisches Ministerialblatt

66. (71.) Jahrgang

Hannover, den 28. 9. 2016

Nummer 36

INHALT

A. Staatskanzlei		K. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz	
B. Ministerium für Inneres und Sport		RdErl. 20. 9. 2016, Schutz von Geotopen	957
Gem. RdErl. 28. 9. 2016, Erstattung der Anzeigen nach § 80 Abs. 2 SGB IX	944	28100	
C. Finanzministerium		Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie	
D. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung		Bek. 5. 9. 2016, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Ohrensen)	958
E. Ministerium für Wissenschaft und Kultur		Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig	
F. Kultusministerium		Bek. 2. 9. 2016, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Volkswagen AG, Salzgitter)	958
Gem. RdErl. 14. 9. 2016, Sicherheit im Unterricht	945	Bek. 7. 9. 2016, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Bioenergie Eickenrode GmbH & Co. KG, Edemissen)	958
22410		Bek. 16. 9. 2016, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (PLG mbH, Baddeckenstedt)	958
G. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr		Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Celle	
H. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		Bek. 14. 9. 2016, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (CB energy GmbH & Co. KG, Wietzendorf)	959
Erl. 18. 8. 2016, Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von investiven Maßnahmen landwirtschaftlicher Unternehmen aus Niedersachsen und Bremen (Agrarinvestitionsförderungsprogramm)	946	Bek. 16. 9. 2016, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Eilstorfer Bioenergie GmbH & Co. KG, Walsrode)	959
78670		Bek. 16. 9. 2016, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Naturstrom Wintermoor GmbH & Co. KG, Schneverdingen)	959
I. Justizministerium		Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Hannover	
		Bek. 20. 9. 2016, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Markus Kaffee GmbH & Co. KG, Weyhe)	959
		Stellenausschreibungen	960

B. Ministerium für Inneres und Sport**Erstattung der Anzeigen nach § 80 Abs. 2 SGB IX**

**Gem. RdErl. d. MI u. d. übr. obersten Landesbehörden
v. 28. 9. 2016 — Z 2.3-03031/2.113 —**

— VORIS 20480 —

Bezug: Gem. RdErl. v. 20. 9. 2004 (Nds. MBl. S. 612)
— VORIS 20480 —

Nach § 80 SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1046, 1047), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 12 des Gesetzes vom 26. 7. 2016 (BGBl. I S. 1824), hat der Arbeitgeber, gesondert für jeden Betrieb und jede Dienststelle, der zuständigen Agentur für Arbeit eine Anzeige über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen zu erstatten. Arbeitgeber für die Erstattung der Anzeige ist in der Landesverwaltung jede oberste Landesbehörde mit ihren nachgeordneten Dienststellen. Dienststellen, für die das Verzeichnis gesondert beizufügen ist, sind alle Dienststellen i. S. des § 6 Abs. 1 NPersVG i. d. F. vom 9. 2. 2016 (Nds. GVBl. S. 2).

Zur Durchführung des Verfahrens wird Folgendes bestimmt:

1. Beauftragte Stelle

Mit der Erstattung der Anzeige für jede oberste Landesbehörde (ausgenommen Präsidentin oder Präsident des Landtages, Präsidentin oder Präsident des Landesrechnungshofs und die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz) wird das LS — Außenstelle Lüneburg beauftragt.

2. Anzeige

2.1 Die von der Agentur für Arbeit übersandte CD-ROM mit dem Bearbeitungsprogramm Rehadat-Elan ist von allen Dienststellen i. S. des § 6 Abs. 1 NPersVG zu verwenden. Es ist darauf zu achten, dass es sich um die aktuelle Version für das betreffende Anzeigegjahr handelt (§ 80 Abs. 6 SGB IX).

Abweichend von Satz 1 füllen Dienststellen mit weniger als 20 Beschäftigten das Papierformular aus, das selbst bestellt werden muss.

Soweit Dienststellen bis Mitte Januar noch keine CD-ROM erhalten haben oder das Papierformular bestellen wollen, beantragen sie diese im Internet unter www.rehadat-elan.de. Sollte die Dienststelle bislang nicht über eine eigene Betriebsnummer verfügen, so muss diese beim Betriebsnummern-Service www.arbeitsagentur.de beantragt werden.

2.2 Dienststellen, deren Bedienstete Geschäftsbereichen mehrerer oberster Landesbehörden angehören, müssen die Anzeige gesondert für jeden Geschäftsbereich erstatten. Dementsprechend ist auch das Verzeichnis der bei ihnen beschäftigten schwerbehinderten, ihnen gleichgestellten behinderten Menschen und sonstigen anrechnungsfähigen Personen (Verzeichnis nach § 80 Abs. 1 SGB IX) gesondert für jeden Geschäftsbereich zu führen.

2.3 Alle öffentlichen niedersächsischen Schulen nutzen einen im Internet unter www.soziales.niedersachsen.de zur Verfügung gestellten gesonderten Vordruck (weiter mit Nummer 4.2.).

3. Ausfüllung der Anzeige

3.1 Zu Nummer I ist die oberste Dienstbehörde einzutragen.

3.2 Zu Nummer II ist die Nummer 2 (Auskünfte über die Anzeige erteilt) auszufüllen, wobei sich diese Angaben auf die Dienststelle beziehen sollen, die die Anzeige erstellt.

3.3 Nummer III braucht nicht ausgefüllt zu werden.

3.4 Auf der Seite 2 des Anzeigeformulars sind die Spalten 1 bis 5 auszufüllen. Angaben zur Berechnung der Beschäftigungspflicht und die Seite 3 sind nicht erforderlich.

3.5 Im Verzeichnis nach § 80 Abs. 1 SGB IX ist unter Nummer I die oberste Dienstbehörde mit deren Betriebsnummer einzutragen. Nummer II.a) bezieht sich auf die Dienststelle, für die das Verzeichnis gilt.

4. Übersendung der Anzeige

4.1 Die Dienststellen übersenden die ausgefüllten Anzeigeformulare in zweifacher Ausfertigung, unverzüglich unmittelbar an das LS — Außenstelle Lüneburg, spätestens jedoch bis zum 31. Januar jeden Jahres. Bei abgewickelten Aufträgen von anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen sind die dazugehörigen Rechnungen beizufügen. Außerdem ist je eine Ausfertigung (Anzeigeformular und Verzeichnis) dem Personalrat — bei den Gerichten auch dem Richter- und Präsidialrat —, der Schwerbehindertenvertretung und der oder dem Beauftragten des Arbeitgebers (vgl. § 80 Abs. 2 SGB IX) zuzuleiten.

4.2 Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass Dienststellen, die über weniger als 20 Arbeitsplätze verfügen, das Anzeigeformular in Papierform (siehe Nummer 2.1) ausfüllen müssen, da als Arbeitgeber i. S. des § 71 Abs. 1 SGB IX nicht die einzelnen Dienststellen gelten, sondern jeweils die obersten Landesbehörden mit ihren nachgeordneten Dienststellen (§ 71 Abs. 3 SGB IX).

4.3 Nach § 140 SGB IX können Aufträge an Werkstätten für behinderte Menschen mit der Ausgleichsabgabe verrechnet werden. Anrechenbar ist die auf der Rechnung ausgewiesene Arbeitsleistung zuzüglich der darauf entfallenen Mehrwertsteuer. Sollte Skonto gewährt werden, ist dieser von der Arbeitsleistung, inklusive Mehrwertsteuer, abzuziehen. Der so errechnete Betrag ist in Spalte 8 der Rechnungsaufstellung einzutragen. 50 v. H. dieses Betrages sind auf die Ausgleichsabgabe anrechenbar.

Es wird gebeten, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass in Betracht kommende Rechnungen erfasst werden, damit sie für die Gesamtanzeige berücksichtigt werden können.

4.4 Dienststellen, insbesondere Schulen, die von der Agentur für Arbeit aufgefordert werden, die Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX zu erstatten, senden das Anschreiben und die dazugehörigen Unterlagen unausgefüllt an das LS — Außenstelle Lüneburg.

4.5 Dienststellen, die nicht Dienststellen i. S. des NPersVG sind, aber dennoch von der Agentur für Arbeit die CD-ROM erhalten haben, senden diese unter Beifügung des dazugehörigen Anschreibens der Agentur für Arbeit unausgefüllt an das LS — Außenstelle Lüneburg. Auf diesem Schreiben ist neben der Anschrift zu vermerken: „Keine Dienststelle nach dem Nds. Personalvertretungsgesetz.“

5. Zusammenfassung

5.1 Das LS — Außenstelle Lüneburg erstellt je eine zusammenfassende Anzeige für die obersten Landesbehörden (siehe Nummer 1). Hierfür übersenden die obersten Landesbehörden dem LS — Außenstelle Lüneburg eine Aufstellung über alle zu ihrem Geschäftsbereich gehörenden Dienststellen i. S. des § 6 Abs. 1 NPersVG und versichern gleichzeitig, dass diese Aufstellung vollständig ist und alle vorhandenen Dienststellen einschließt.

5.2 Das LS — Außenstelle Lüneburg erstellt ferner eine Zusammenfassung für die gesamte Landesverwaltung mit Berechnung der Ausgleichsabgabe (Seite 3 des Anzeigeformulars). Hierfür übersenden die Präsidentin oder der Präsident des Landtages, die Präsidentin oder der Präsident des Landesrechnungshofs und die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz dem LS — Außenstelle Lüneburg eine Ausfertigung der von ihnen der Agentur für Arbeit übermittelten Anzeige bis spätestens 15. März des Jahres.

- 5.3 Das LS — Außenstelle Lüneburg übersendet
- 5.3.1 je eine Ausfertigung der Zusammenfassung
- für die gesamte Landesverwaltung,
 - der zusammengefassten Anzeigen für die Geschäftsbereiche der obersten Landesbehörden,
 - der dazugehörenden Verzeichnisse nach § 80 Abs. 1 SGB IX der einzelnen Dienststellen
- an die Agentur für Arbeit Braunschweig-Goslar, mit dem Hinweis, dass die Präsidentin oder der Präsident des Landtages, die Präsidentin oder der Präsident des Landesrechnungshofs und die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz die Anzeige gesondert erstattet haben,
- 5.3.2 die Aufstellungen der abgewickelten Aufträge von anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen mit den dazugehörigen Rechnungen
- an das Integrationsamt,
- 5.3.3 je eine Ausfertigung der zusammenfassenden Anzeigen und der dazugehörigen Einzelanzeigen
- an die jeweilige oberste Landesbehörde,
- 5.3.4 je eine Ausfertigung der Zusammenfassung für die gesamte Landesverwaltung sowie der zusammenfassenden Anzeigen für alle Geschäftsbereiche der obersten Landesbehörden
- an das MS,
- 5.3.5 eine Ausfertigung der Zusammenfassung für die gesamte Landesverwaltung
- an das MI.
- 6. Sonderregelung für den Bereich der Niedersächsischen Landespolizei**
- 6.1 Die Anzeigen sind von den Polizeidirektionen, der Polizeibehörde für zentrale Aufgaben (Zentrale Polizeidirektion),

dem Landeskriminalamt Niedersachsen und der Polizeiakademie Niedersachsen für ihren jeweiligen Geschäftsbereich zu erstatten.

6.2 Soweit einer Polizeidirektion nachgeordnete Stellen eine CD-ROM von der Agentur für Arbeit erhalten haben, senden sie das dazugehörige Anschreiben an die jeweilige Polizeidirektion, die es zusammen mit der Anzeige (Nummer 6.1) an das beauftragte LS — Außenstelle Lüneburg weiterleitet. Auf diesem Anschreiben ist neben der Anschrift zu vermerken: „Erfasst in der Anzeige der Polizeidirektion ...“. Entsprechend ist zu verfahren, soweit Dienststellenteile der Polizeibehörde für zentrale Aufgaben (Zentrale Polizeidirektion) die CD-ROM erhalten haben.

Das LS — Außenstelle Lüneburg fügt das Anschreiben den Unterlagen nach Nummer 5.3.1 bei.

7. Ausgleichsabgabe

Das LS — Außenstelle Lüneburg veranlasst die Zahlung der Ausgleichsabgabe. Haushaltsmittel werden bei Kapitel 13 99 Titel 542 01-0 Verfügung gestellt.

8. Plausibilitätskontrollen, Nachfragen

Das LS — Außenstelle Lüneburg führt innerhalb des Jahres Plausibilitätskontrollen zum Verzeichnis nach § 80 Abs. 1 SGB IX durch. Nachfragen bei der Dienststelle sind möglichst umgehend in der geforderten Weise zu beantworten.

9. Schlussbestimmungen

Dieser Gem. RdErl. tritt am 1. 10. 2016 in Kraft. Gleichzeitig wird der Bezugserrlass aufgehoben.

An die
Dienststellen der Landesverwaltung

— Nds. MBl. Nr. 36/2016 S. 944

F. Kultusministerium

Sicherheit im Unterricht

Gem. RdErl. d. MK u. d. MU v. 14. 9. 2016
— AuG-40 183/1-2 —

— VORIS 22410 —

Bezug: Gem. RdErl. v. 19. 3. 2014 (Nds. MBl. S. 312, 356, SVBl. S. 207)
— VORIS 22410 —

Der Bezugserrlass wird mit Wirkung vom 1. 10. 2016 wie folgt geändert:

1. Nummer 1 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Die Empfehlung der Kultusministerkonferenz ‚Richtlinie zur Sicherheit im Unterricht‘ (im Folgenden: RiSU) in der jeweils geltenden Fassung enthält die einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Unfallverhütungsvorschriften und technischen Regeln zu Sicherheit und Gesundheitsschutz.“
2. Nach Nummer 2.1 wird folgende neue Nummer 2.1.1 eingefügt:
„2.1.1 Zu Nummer 3.12.1
Bei der vereinfachten Kennzeichnung kann auf die Gefahrenhinweise (H-Sätze) verzichtet werden, soweit die Aussagekraft der Gefahrenpiktogramme und Phrasen die Gefahr ausreichend beschreiben (siehe Nummer 4.2 Abs. 6 TRGS 201).“
3. Die bisherige Nummer 2.1.1 wird Nummer 2.1.2.
4. Die bisherige Nummer 2.1.2 wird Nummer 2.1.3 und erhält folgende Fassung:

„2.1.3 Zu Nummer 3.12.3 Abs. 20

Bei der Lagerung außerhalb von Lagern/Sicherheits-schränken gemäß TRGS 510 gelten folgende Mengenschwellen je abgeschlossenem Gebäude oder Brandabschnitt:

- extrem und leicht entzündbare Flüssigkeiten: bis 20 Liter, davon bis 10 Liter extrem entzündbar,
- entzündbare Flüssigkeiten: bis 100 Liter (siehe TRGS 510).“

5. In Nummer 4 Abs. 3 wird die Angabe „<http://arbeitschutz.nibis.de/Inhalte/Verantwortung/Organisation> > Rechtsgrundlagen > Erlasse > KMK-Richtlinie zur Sicherheit im Unterricht“ durch die Angabe „<http://www.aug-nds.de/?id=126>“ ersetzt.

An
die öffentlichen Schulen in Niedersachsen
die Niedersächsische Landesschulbehörde
das Niedersächsische Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung
Nachrichtlich:
An die
Schulträger

— Nds. MBl. Nr. 36/2016 S. 945

H. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen
zur Förderung von investiven Maßnahmen
landwirtschaftlicher Unternehmen
aus Niedersachsen und Bremen
(Agrarinvestitionsförderungsprogramm)**

Erl. d. ML v. 18. 8. 2016 – 106.2-60114/1-99 –

– **VORIS 78670** –

Bezug: a) Erl. v. 29. 10. 2014 (Nds. MBl. S. 781; 2015 S. 82), geändert durch Erl. v. 27. 2. 2015 (Nds. MBl. S. 299)
– **VORIS 78670** –
b) RdErl. v. 20. 6. 2016 (Nds. MBl. S. 778)
– **VORIS 64100** –

1. Zuwendungszweck

1.1 Das Land Niedersachsen und die Freie Hansestadt Bremen gewähren nach der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. 12. 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. EU Nr. L 347 S. 487; 2016 Nr. L 130 S. 1), zuletzt geändert durch Delegierte Verordnung (EU) 2016/142 der Kommission vom 2. 12. 2015 (ABl. EU Nr. L 28 S. 8), im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie nach Maßgabe dieser Richtlinie und der VV zu § 44 LHO Zuwendungen an landwirtschaftliche Unternehmen für investive Maßnahmen in Niedersachsen und Bremen zur Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, besonders umweltschonenden, besonders tiergerechten und multifunktionalen Landwirtschaft.

Die Investitionen müssen gemäß Artikel 17 Abs. 1 Buchst. a der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 die Gesamtleistung und Nachhaltigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes verbessern, indem sie zur

- Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen oder
 - Rationalisierung und Senkung der Produktionskosten oder
 - Erhöhung der betrieblichen Wertschöpfung
- beitragen.

Dabei müssen sie besonderen Anforderungen im Bereich Verbraucher-, Umwelt- oder Klimaschutz gemäß Nummer 4.6 und im Fall von Stallbauinvestitionen zusätzlich im Bereich Tierschutz gemäß den **Anlagen 1 oder 2** genügen.

1.2 Ein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die LWK (Bewilligungsbehörde) aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens sowie nach den in der **Anlage 3** aufgeführten Auswahlkriterien im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Gefördert werden Investitionen in langlebige Wirtschaftsgüter, durch die die baulichen und technischen Voraussetzungen zur Erzeugung, Verarbeitung oder Direktvermarktung von Anhang-I-Erzeugnissen geschaffen werden. Unter der Verarbeitung eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses ist die Einwirkung auf ein Erzeugnis zu verstehen, das im Anhang I des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. EU Nr. C 326 vom 26. 10. 2012 S. 1) – im Folgenden: Anhang I –, genannt ist und bei dem auch das daraus entstehende Erzeugnis ein Anhang-I-Erzeugnis ist.

Förderungsfähig sind

- 2.1.1 Errichtung und Modernisierung von unbeweglichem Vermögen einschließlich der Erschließung;
- 2.1.2 allgemeine Aufwendungen für
- Architektur- und Ingenieurleistungen, mit Ausnahme der Leistungsphase 9,
 - die Betreuung von baulichen Investitionen bei einem förderungsfähigen baulichen Investitionsvolumen von mehr als 100 000 EUR,

- das Investitionskonzept,
- Durchführbarkeitsstudien;

2.1.3 Maschinen und Geräte der Außenwirtschaft, die zu einer deutlichen Emissionsminderung bei der Ausbringung von Wirtschaftsdünger oder zu einer deutlichen Verminderung von Umweltbelastungen bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln führen. Dies sind:

- Geräte zur Direkteinarbeit (Injektion) von Gülle, Gärresten, Jauche und Sickersaft, an Tankwagen angebrachte Grubber, Scheibeneggen, Scheibenschlitzgeräte und vergleichbare Techniken, mit und ohne Tankwagen,
- Schleppschuhverteiler zur Ausbringung von Gülle, Gärresten, Jauche und Sickersaft, mit und ohne Tankwagen,
- Spritz- und Sprühgeräte für den Obstbau, die nicht angelagerte Spritzflüssigkeit auffangen und in den Tank zurückfördern und die Abdrift um mindestens 90 % gegenüber herkömmlichen Sprühgeräten verringern können, ohne die Wirksamkeit der Anwendung zu verringern (Tunnelspritzen),
- Pflanzenschutzgeräte mit Sensorsteuerung, die entweder Lücken in der Zielfläche erkennen und die Düsen entsprechend abschalten oder die z. B. in Flächenkulturen Unkräuter oder Pilzbefall erkennen und die Düsen entsprechend einschalten,
- Feldspritzgeräte mit Assistenzsystemen zur automatischen Teilbreitenschaltung und Gestängeführung und automatischer Innenreinigung,
- Feldspritzgeräte mit Mehrkammersystemen zur gezielten teilflächenspezifischen Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln.

Die Förderung von Maschinen und Geräten der Außenwirtschaft ist befristet bis zum 31. 12. 2019.

2.2 Nicht gefördert werden

- Investitionen in Wohnungen und Verwaltungsgebäude;
- Ersatzinvestitionen;
- Verbrauchsmaterialien;
- Energiegewinnungsanlagen sowie damit zusammenhängende bauliche Anlagen und technische Einrichtungen, die durch das EEG 2014 oder das KWKG begünstigt werden können. Eine direkte oder indirekte Förderung von Biogasanlagen muss ausgeschlossen werden;
- Vorhaben des Gartenbaus, die vollständig oder teilweise nach der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. 12. 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse (ABl. EU Nr. L 347 S. 671; 2014 Nr. L 189 S. 261; 2016 Nr. L 130 S. 18), zuletzt geändert durch Delegierte Verordnung (EU) 2016/1226 der Kommission vom 4. 5. 2016 (ABl. EU Nr. L 202 S. 5), – Gemeinsame Marktordnung für Obst und Gemüse (GMO) – gefördert werden können,
- Bewässerungsanlagen;
- Tierhaltung in Lohnaufzucht;
- selbstfahrende Maschinen zur Ausbringung von Wirtschaftsdüngern oder Anwendung von Pflanzenschutzmitteln;
- Dauerkulturen.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 Gefördert werden Unternehmen, unbeschadet der gewählten Rechtsform, die i. S. des Anhangs 1 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. 6. 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Arten von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. EU Nr. L 193 S. 1), Kleinunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen sind, wenn entweder

- deren Geschäftstätigkeit zu wesentlichen Teilen (mehr als 25 % Umsatzerlöse unter Anrechnung von Beteiligungen an anderen Unternehmen) darin besteht, durch Bodenbewirtschaftung oder durch mit Bodenbewirtschaftung verbundene Tierhaltung pflanzliche oder tierische Erzeugnisse zu gewinnen und
- die die in § 1 Abs. 2 ALG genannte Mindestgröße erreichen oder überschreiten

oder wenn das Unternehmen einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftet und unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgt.

Als Tierhaltung i. S. des ersten Spiegelstrichs gelten auch die Imkerei sowie die Wanderschäfferei.

3.1.1 Zuwendungsempfänger können auch Unternehmen nach Nummer 3.1 sein, die während eines Zeitraumes von höchstens zwei Jahren vor Antragstellung gegründet wurden und auf eine erstmalige selbständige Existenzgründung zurückgehen (Existenzgründerinnen oder Existenzgründer).

Nicht als Existenzgründung zählen Unternehmensgründungen infolge einer Betriebsteilung oder im Rahmen der Hofnachfolge. Als Hinweis auf eine unzulässige Betriebsteilung ist aufzufassen, dass der Flächen abgebende Betrieb in engem, z. B. verwandtschaftlichem Verhältnis zur Existenzgründerin oder zum Existenzgründer steht oder die Flächen zuvor von den (Schwieger-)Eltern gepachtet waren. Die Antragstellerin oder der Antragsteller muss belegen, dass dies nicht der Fall war. Die Neugründung darf nicht auf der Hofstelle der Eltern erfolgen, es sei denn es wurde nachgewiesen, dass die Hofstelle mindestens fünf Jahre lang nicht selbst oder von Familienangehörigen bewirtschaftet worden ist.

Eine Gesellschaft kann nur als Existenzgründung gelten, wenn alle Gesellschafterinnen oder Gesellschafter Existenzgründerinnen oder Existenzgründer sind.

3.1.2 Junglandwirtinnen und Junglandwirte, die einen erhöhten Zuschuss nach Nummer 5.2.4 Abs. 3 beantragen, müssen zum Zeitpunkt der Antragstellung jünger als 40 Jahre sein.

Eine Gesellschaft kann den erhöhten Zuschuss für Junglandwirtinnen oder Junglandwirte nur erhalten, wenn alle Gesellschafter Junglandwirtinnen oder Junglandwirte sind.

3.2 Nicht gefördert werden Unternehmen

- bei denen die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25 % des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt oder die sich in Schwierigkeiten i. S. der „Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten“ vom 31. 7. 2014 (ABl. EU Nr. C 249 S. 1) befinden,
- die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt nicht Folge geleistet haben.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger hat

4.1.1 berufliche Fähigkeiten für eine ordnungsgemäße Führung des Betriebes anhand einer Vorwegbuchführung nachzuweisen. Bei juristischen Personen und Personengesellschaften muss mindestens ein Mitglied der Unternehmensleitung diese Voraussetzung erfüllen.

Die Vorwegbuchführung ist für mindestens zwei vollständige Wirtschaftsjahre vorzulegen. Es sind mindestens die letzten beiden, maximal die letzten drei vorlie-

genden Buchabschlüsse vorzulegen. Ist ein Wirtschaftsjahr durch außergewöhnliche Gewinneinbrüche gekennzeichnet, kann dieses außer Betracht bleiben.

Aus der Vorwegbuchführung ist eine angemessene bereinigte Eigenkapitalbildung des Unternehmens nachzuweisen. Diese Voraussetzung ist erfüllt, wenn die langfristige Kapitaldienstgrenze nicht überschritten wird.

Hofnachfolgerinnen oder Hofnachfolger können als Nachweis auf die Vorwegbuchführung der Eltern oder Schwiegereltern zurückgreifen. Für Hofnachfolgerinnen und Hofnachfolger ist ein Abschluss in einem Agrarberuf Voraussetzung;

4.1.2 über die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und des durchzuführenden Vorhabens einen Nachweis in Form eines Investitionskonzeptes zu erbringen.

Das Investitionskonzept muss eine Abschätzung über die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens aufgrund der durchzuführenden Maßnahme zulassen. Maßstab hierfür ist die langfristige Kapitaldienstgrenze.

4.2 Existenzgründerinnen oder Existenzgründer gemäß Nummer 3.1.1 können abweichend von Nummer 4.1 statt einer angemessenen Eigenkapitalbildung einen Eigenkapitalanteil am Unternehmen und am zu fördernden Vorhaben in Höhe von mindestens 20 % nachweisen.

Existenzgründerinnen oder Existenzgründer müssen zur Wirtschaftlichkeit des landwirtschaftlichen Unternehmens einschließlich der geplanten Investition ein Gutachten oder eine differenzierte Planungsrechnung vorlegen.

Des Weiteren müssen sie einen Abschluss in einem Agrarberuf nachweisen.

4.3 Junglandwirtinnen oder Junglandwirte gemäß Nummer 3.1.2 müssen darüber hinaus nachweisen, dass die Antragstellung für die geförderte Investition während eines Zeitraumes von fünf Jahren nach der erstmaligen Niederlassung als Allein- oder Mitunternehmerin oder -unternehmer in einem landwirtschaftlichen Betrieb erfolgt ist.

4.4 Im Fall von Kooperationen ist der Kooperationsvertrag und bei Kooperationen gemäß Artikel 35 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 zusätzlich der Geschäftsplan sowie ein Nachweis über die Konzeption und die Ziele der Kooperation vorzulegen.

Bei erstmaligen Kooperationen landwirtschaftlicher Unternehmen in der Gründungsphase können als Nachweis gemäß Nummer 4.1.1 die Buchabschlüsse der Ausgangsunternehmen herangezogen werden. Gesellschafterinnen oder Gesellschafter mit weniger als 5 % Kapitalanteil bleiben unberücksichtigt.

4.5 Die Summe der positiven Einkünfte einschließlich der Einkünfte aus Kapitalvermögen (Prosperitätsgrenze) der Inhaberin oder des Inhabers einschließlich der Ehegattin, des Ehegatten, der Lebenspartnerin oder des Lebenspartners gemäß § 1 LPartG darf zum Zeitpunkt der Antragstellung im Durchschnitt der letzten drei vorliegenden Steuerbescheide 150 000 EUR je Jahr bei Ledigen und 180 000 EUR bei Ehegatten oder Lebenspartnerinnen oder Lebenspartnern nicht überschritten haben. In begründeten Einzelfällen genügt es, zur Feststellung der Summe der positiven Einkünfte nur den letzten vorliegenden Steuerbescheid heranzuziehen. Bei juristischen Personen und Personengesellschaften einschließlich der GmbH & Co. KG gelten diese Voraussetzungen für alle Gesellschafterinnen und Gesellschafter, Genossenschaftsmitglieder oder Aktionärinnen und Aktionäre (jeweils einschließlich der Ehegatten oder der Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner), sofern diese hauptberuflich im Unternehmen tätig sind oder über einen Kapitalanteil von mehr als 5 % verfügen. Falls die Summe der positiven Einkünfte einer der in Satz 1 genannten Kapitaleignerin oder Kapitaleigner (einschließlich der Ehegattin oder des Ehegatten, der Lebenspartnerin oder des Lebenspartners) 150 000 EUR je Jahr bei Ledigen und 180 000 EUR bei Ehegatten oder Lebenspartnerinnen oder Lebenspartnern überschrei-

tet, wird das förderungsfähige Investitionsvolumen der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers um den Prozent-Anteil gekürzt, der dem Kapitalanteil dieser Gesellschafterin oder dieses Gesellschafters, Genossenschaftsmitglieds oder Aktionärin oder Aktionärs entspricht.

Existenzgründerinnen oder Existenzgründer gemäß Nummer 3.1.1 müssen im Fall der Nichtveranlagung zur Einkommensteuer eine entsprechende Bescheinigung des jeweils zuständigen Finanzamtes vorlegen.

4.6 Die Investition muss besonderen Anforderungen entsprechen. Diese werden im Bereich

- des Verbraucherschutzes erfüllt, wenn die Herstellung der Produkte nach Artikel 16 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 oder im Rahmen der Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten erfolgt;
- des Umwelt- und Klimaschutzes insbesondere erfüllt durch eine Verbesserung der Effizienz des Ressourceneinsatzes oder durch eine Verringerung der Stoffausträge oder der Emissionen um jeweils mindestens 20 %. Bei Güllelagern, Festmistlagern und Fahrsiloanlagen ist dies gegeben und muss daher nicht im Einzelfall nachgewiesen werden;
- des Tierschutzes durch die Anforderungen der Anlagen 1 und 2 erfüllt.

4.6.1 Für Investitionen in die Verarbeitung liegt eine regionale Wertschöpfungskette i. S. von Nummer 4.6 vor, wenn die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger selbst erzeugte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Anhang I) einsetzt, die verarbeiteten Produkte ebenfalls Erzeugnisse nach Anhang I sind und mindestens 50 % der Absatzmenge durch Abnahmeverträge mit in Niedersachsen/Bremen ansässigen aufnehmenden Unternehmen gebunden sind oder direktvermarktet werden. Diese Maßgabe muss anhand von Abnahmeverträgen belegt sein. Maschinen zur Verarbeitung können nur im Zusammenhang mit einer Verarbeitungs- oder Aufbereitungshalle gefördert werden und müssen fest eingebaut sein.

4.6.2 Investitionen in die Direktvermarktung müssen sich auf abgeschlossene Verkaufseinrichtungen beziehen. Bei der Direktvermarktung selbst erzeugter landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Anhang I) ist eine regionale Wertschöpfungskette i. S. von Nummer 4.6.1 gegeben. Eine Direktvermarktungseinrichtung kann auch gefördert werden, wenn zugekaufte Anhang-I-Ware angeboten wird; der Umsatzanteil der eigenen Erzeugnisse muss dabei den größeren Teil ausmachen.

4.6.3 Investitionen zur Tierhaltung müssen sich auf die Schaffung oder Modernisierung von Stallplätzen beziehen.

4.6.4 Pflanzenschutzgeräte müssen vom Julius-Kühn-Institut geprüft und anerkannt worden sein.

Für Maschinen und Geräte der Außenwirtschaft nach Nummer 2.1.3 muss folgende Mindestauslastung nachgewiesen werden, davon mindestens die Hälfte im Betrieb des antragstellenden Unternehmens:

- Gülleausbringungstechnik: pro gefördertem Kubikmeter Fassvolumen ein Gülleanfall von 200 m³,
- Pflanzenschutztechnik (behandelte Fläche multipliziert mit Behandlungshäufigkeit):
 - einreihige Tunnelspritzen: 75 ha,
 - zweireihige Tunnelspritzen: 150 ha,
 - für angebaute Geräte: 8 ha pro m Gestängebreite,
 - für aufgebaute Geräte: 10 ha pro m Gestängebreite,
 - für angehängte Geräte: 13 ha pro m Gestängebreite.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1 Zuwendungsart, Finanzierungsart, Form der Zuwendung

Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss in Form einer Anteilfinanzierung zur Projektförderung gewährt.

5.2 Höhe der Zuwendung

5.2.1 Bemessungsgrundlage für die Höhe der Zuwendung ist das förderungsfähige Investitionsvolumen der Investitionen nach Nummer 2.1.

Zum förderungsfähigen Investitionsvolumen gehören ausschließlich die durch bezahlte Rechnung nachgewiesenen Ausgaben, soweit diese für die zu fördernden Vorhaben notwendig sind.

5.2.2 Nicht förderungsfähig sind

- laufende Betriebsausgaben, Ablösung von Verbindlichkeiten, Erbabbfindungen, Kreditbeschaffungskosten und Gebühren für eine Beratung in Rechtssachen, Baugenehmigungsgebühren,
- Umsatzsteuer,
- unbare Eigenleistungen.

5.2.3 Das Mindestinvestitionsvolumen beträgt 20 000 EUR.

Die Förderung wird begrenzt auf ein förderungsfähiges Investitionsvolumen von 1,0 Mio. EUR. Diese Obergrenze kann in den Jahren von 2014 bis 2020 höchstens einmal ausgeschöpft werden.

5.2.4 Die Höhe der Zuwendung beträgt

- für Investitionen zur Tierhaltung im Rinder-, Schafe-, Ziegen- und Pferdebereich nach Anlage 1 sowie für Investitionen außerhalb der Tierhaltung bis zu 20 %,
- für Investitionen zur Tierhaltung im Schweine- und Geflügelbereich nach Anlage 1 bis zu 30 %,
- für Investitionen zur Tierhaltung nach Anlage 2 bis zu 40 %

des förderungsfähigen Investitionsvolumens (jeweils einschließlich der erforderlichen Erschließungskosten).

Junglandwirtinnen oder Junglandwirte nach Nummer 3.1.2 erhalten einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 10 % der Bemessungsgrundlage, maximal jedoch 20 000 EUR.

5.2.5 Betreuungsgebühren können bei förderungsfähigen baulichen Investitionsvolumen

- bis zu 500 000 EUR in Höhe von maximal 2,5 % sowie
- über 500 000 EUR in Höhe von maximal 1,5 %

als förderungsfähig anerkannt werden.

Der Zuschuss zu den Betreuungsgebühren beträgt bis zu 60 % der anhand der Belege nachgewiesenen Ausgaben für die Gebühr, höchstens jedoch 10 500 EUR.

Eine weitere Förderung der Betreuung mit Zuschüssen nach Nummer 5.2.4 ist ausgeschlossen.

5.3 Gesamtwert der Zuwendung

Der Gesamtwert der Zuwendung nach Nummer 5.2 darf, ausgedrückt als Prozentsatz der Bemessungsgrundlage, den Wert von 40 % und, ausgedrückt als absolute Zahl, in keinem Zeitraum von drei Kalenderjahren den Betrag von 400 000 EUR übersteigen.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Doppelförderung

Vorhaben, die aus Mitteln anderer öffentlicher Förderungsprogramme gefördert werden, dürfen nicht gleichzeitig nach dieser Richtlinie gefördert werden.

Eine Kumulation mit Mitteln der Landwirtschaftlichen Rentenbank ist möglich, sofern und soweit hierbei die beihilferechtlichen Förderhöchstgrenzen (Nummer 5.3) nicht überschritten werden.

6.1.1 Hat ein Unternehmen eine Förderung im Rahmen der Maßnahme Tierwohl (Programm zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2014 bis 2020 – PFEIL – nach Artikel 33 der Verordnung [EU] Nr. 1305/2013) erhalten, ist eine Förderung in dem gleichen Produktionsverfahren ausgeschlossen.

6.1.2 Hat ein Unternehmen eine Förderung im Rahmen der AUM-Maßnahme BV2 (Programm zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2014 bis 2020 – PFEIL – nach Artikel 28 der Verordnung [EU] Nr. 1305/2013) erhalten, ist eine Förderung für Gülleausbringungstechnik ausgeschlossen.

6.2 Nachweis des Vorhabenbeginns

Mit dem Vorhaben ist bis zum Ablauf des vierten Monats nach Erteilung der Bewilligung zu beginnen; anderenfalls wird der Widerruf der Bewilligung nach Maßgabe des § 49 Abs. 2 VwVfG geprüft.

6.3 ANBest-ELER

Bei der Gewährung der Zuwendung sind die ANBest-ELER (Bezugserlass zu b) in der durch diese Richtlinie ggf. geänderten oder konkretisierten Fassung Bestandteil des Zuwendungsbescheides.

6.3.1 Zweckbindung

Ergänzend zu Nummer 4.2 ANBest-ELER darf bei Stallbauten keine Änderung der Tierart erfolgen. Außerdem dürfen sich mit Ausnahme der Hofnachfolge die Eigentumsverhältnisse in diesem Zeitraum nicht verändern.

6.3.2 Mitteilungspflicht

Abweichend von Nummer 5 dritter Spiegelstrich ANBest-ELER ist eine Ermäßigung der förderfähigen Ausgaben oder eine Änderung der Finanzierung um mehr als 15 % anzuzeigen. Die Betragsgrenze in Höhe von 10 000 EUR findet keine Anwendung.

6.4 Besondere Nebenbestimmungen

Folgende Auflagen und Verpflichtungen sind während einer Frist von fünf Jahren einzuhalten:

6.4.1 Tierbesatz (2 Großvieheinheiten [GV]/ha-Grenze)

Der Tierbesatz geförderter Betriebe darf innerhalb der Frist zu keinem Zeitpunkt über 2,0 GV/ha liegen. Als Grundlage werden die selbst bewirtschafteten Flächen gemäß Gesamtflächen- und Nutzungsnachweis (GFN) herangezogen. Die Flächen müssen im letzten vorliegenden GFN verzeichnet sein. Zur Anwendung kommt der GV-Schlüssel, der auch bei NAU, GAK und HIT verwendet wird.

Die GV aus Beteiligungen der antragstellenden Unternehmerin oder des antragstellenden Unternehmers (bzw. bei Gesellschaften der Unternehmerinnen und Unternehmer) an gewerblichen Tierhaltungen oder weiteren landwirtschaftlichen Unternehmen werden einbezogen. Dazu wird für jede Beteiligung der Viehbesatz berechnet und die 2,0 GV/ha überschreitenden GV dem antragstellenden Unternehmen anteilig zugerechnet.

6.4.2 Begrenzung der Tierzahlen

Innerhalb der Frist dürfen folgende Tierzahlen zu keinem Zeitpunkt überschritten werden:

Rinder	300
Mastkälber	250
Mastschweinehaltung (ab 30 kg)	1 500
Sauenhaltung/-aufzucht einschließlich dazugehöriger Ferkel bis 30 kg	560
separate Ferkelaufzucht (10 bis 30 kg)	4 500
Schafe	2 000
Ziegen	1 000
Legehennen	15 000
Junghennen	30 000
Mastgeflügel	30 000
Truthühner	15 000

Bei gemischten Beständen wird die Summe der Prozent-Anteile angewendet, zu denen die Platzzahlen ausgeschöpft werden. Zu Rindern zählen u. a. Milchkühe, Mutterkühe, Kälber ab dem siebten Monat und Mastrinder. Kälber unter einem halben Jahr, außer Mastkälber, werden nicht in die Berechnung einbezogen.

6.4.3 Güllelagerung

6.4.3.1 Jauche wird mit Gülle gleichgesetzt.

6.4.3.2 Vieh haltende Betriebe müssen die anfallende Gülle mindestens neun Monate lagern können; das gilt auch bei Be-

standsaufstockung. Diese Verpflichtung gilt unabhängig von der Art des Fördervorhabens.

Berücksichtigt werden kann nur Lagerraum, über den die Antragstellerin oder der Antragsteller (einschließlich Ehegattin oder Ehegatten, Lebenspartnerin oder Lebenspartner) die Verfügungsgewalt hat. Für gepachtete Güllelager (auch Gemeinschaftslager) müssen Pachtverträge vorgelegt werden, die sich mindestens über die Frist von fünf Jahren erstrecken.

Die Abgabe von Gülle an weitere Betriebe (Biogasanlagen oder landwirtschaftliche Betriebe) darf nur anerkannt werden, wenn überwiegende Personenidentität mit der Antragstellerin oder dem Antragsteller (einschließlich Ehegattin oder Ehegatten, Lebenspartnerin oder Lebenspartner) besteht. Das aufnehmende Unternehmen muss ebenfalls eine Lagerkapazität von mindestens neun Monaten nachweisen. Bei Biogasanlagen ist eine komplette Berechnung mit allen Substraten und entsprechenden Fugatfaktoren vorzunehmen. Die Abgabe von Gülle/Jauche an Dritte kann in keinem Fall als Nachweis der Einhaltung einer neunmonatigen Lagerkapazität anerkannt werden.

Die zwischenzeitliche Verwertung der Gülle in einer Biogasanlage ist zulässig, wenn die Mengenverhältnisse (ggf. auch weiterer Beteiligter) eindeutig berechnet werden können.

In geförderten Güllebehältern darf keine Gülle ausländischer Herkunft eingelagert werden.

6.4.3.3 Geförderte Güllelager sind mit einem festen Dach, einem Zelt Dach oder einer künstlichen Schwimmdecke (Schwimmfolie, Schwimmkörper) abzudecken. Vergängliches Material wie Granulate oder Strohhäcksel ist nicht zulässig.

6.4.3.4 Bestehende Güllebehälter geförderter Unternehmen sind abzudecken. Vergängliches Material wie Stroh muss durchgehend in einer Schicht von mindestens 20 cm Stärke vorhanden sein und nach dem Aufrühren oder der Gülleentnahme, mindestens aber zwei Mal jährlich, erneuert werden. Eine natürliche Schwimmschicht reicht nicht aus.

6.4.3.5 Gülle darf auch nach Verarbeitung in einer Biogasanlage (dann als Gärsubstrat) in geförderten Güllebehältern eingelagert werden, sofern die Biogasanlage nicht auf diesen Behälter angewiesen ist. Indikator hierfür kann sein, dass die Biogasanlage vorher bereits betrieben wird.

6.4.3.6 Separate Güllelager sind maximal mit einer Lagerkapazität von zwölf Monaten förderfähig.

6.4.3.7 Bei Investitionen in Güllelager als Düngerlager ist maximal ein Volumen von 25 m³/ha förderfähig; wird ein größerer Bedarf geltend gemacht, ist ein Qualifizierter Flächen nachweis zu erbringen. Für Gülle, die nicht aus eigener Tierhaltung stammt, müssen Gülleabnahmeverträge vorliegen; die Niedersächsische Verordnung über Meldepflichten in Bezug auf Wirtschaftsdünger vom 1. 6. 2012 (Nds. GVBl. S. 166) ist einzuhalten.

6.4.4 Bei Investitionen in Verarbeitung oder Direktvermarktung müssen die in den Nummern 4.6.1 oder 4.6.2 genannten Voraussetzungen während der gesamten Frist eingehalten werden.

6.5 Fristbeginn

Die Zweckbindungsfrist gemäß Nummer 6.3.1 und die Frist gemäß Nummer 6.4 von zwölf bzw. fünf Jahren beginnt jeweils mit der Vorlage des Verwendungsnachweises und endet mit dem Ablauf des fünften bzw. zwölften Kalenderjahres nach dem Jahr der Schlusszahlung.

6.6 Baugenehmigungen

Für baugenehmigungspflichtige Verfahren ist die Baugenehmigung mit dem Förderantrag vorzulegen.

6.7 Betriebsteilungen

Betriebsteilungen sind bis zur Schlusszahlung nicht zulässig.

6.8 Buchführungspflicht

Die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger hat eine dem BMEL-Jahresabschluss entsprechende Buchführung ab Bekanntgabe der Bewilligung für mindestens

fünf Jahre fortzuführen und der Bewilligungsbehörde jährlich in Form von Dateien im CSV-Format vorzulegen.

Die Daten aus dem Buchabschluss können auch für anonyme Auswertungen verwendet werden.

6.9 Folgeantrag

Ein Folgeantrag ist erst nach Vorlage des Auszahlungsantrags samt Verwendungsnachweis des vorangegangenen Antrags möglich. Die Bewilligung kann frühestens nach abschließender Prüfung des Verwendungsnachweises des vorangegangenen Antrags erfolgen.

7. Anweisung zum Verfahren

7.1 Anwendung finden die einschlägigen EU-Bestimmungen mit den Abwicklungs- und Zahlungsmodalitäten für Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben nach der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2014 der Kommission vom 17. 7. 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems, der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums und der Cross-Compliance (ABl. EU Nr. L 227 S. 69), geändert durch Durchführungsverordnung (EU) 2015/2333 der Kommission vom 14. 12. 2015 (ABl. EU Nr. L 329 S. 1), sowie die Dienstanweisungen der EU-Zahlstelle in der jeweils geltenden Fassung.

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten daneben die VV zu § 44 LHO, soweit nicht in dieser Richtlinie oder in dem unmittelbar im Inland geltenden Unionsrecht der EU abweichende Regelungen getroffen sind.

Hierzu gehört auch die Anwendung der Sanktionsregelungen nach der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2014 und der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 640/2014 der Kommission vom 11. 3. 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf das integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem und die Bedingungen für die Ablehnung oder Rücknahme von Zahlungen sowie für Verwaltungssanktionen im Rahmen von Direktzahlungen, Entwicklungsmaßnahmen für den ländlichen Raum und der Cross-Compliance (ABl. EU Nr. L 181 S. 48), geändert durch Delegierte Verordnung (EU) 2016/1393 der Kommission vom 4. 5. 2016 (ABl. EU Nr. L 225 S. 41, L 227 S. 5), insbesondere bei Verstößen gegen die Vorschriften zur Auftragsvergabe oder bei inhaltlichen Abweichungen.

7.2 Antragstellung und Antragsbearbeitung erfolgen grundsätzlich in digitaler Form. Die dafür notwendige Software stellt die Bewilligungsbehörde auf ihrer Homepage zur Verfügung.

7.3 Zur Auswahl der zu fördernden Projekte werden sämtliche Anträge in das Ranking gemäß dem Punktesystem (Anlage 3) einbezogen.

Über die Anerkennung von Anträgen als innovative Projekte wird von der Bewilligungsbehörde in Abstimmung mit dem ML entschieden.

7.4 Die Zuwendung muss unter Berücksichtigung der Kasenwirksamkeit der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen gewährt werden. Sie soll zudem für das Haushaltsjahr bewilligt werden, in dem die Investition abgeschlossen und der Förderungsbetrag abgerufen werden kann.

7.5 Der Zuwendungsbescheid sowie auch der Ablehnungsbescheid wird von der Bewilligungsbehörde an die Zuwendungsempfängerin oder den Zuwendungsempfänger und ggf. an die Betreuerin oder den Betreuer und die Beraterin oder den Berater versandt.

7.6 Die bewilligten förderungsfähigen Mittel werden von der EU-Zahlstelle im ML auf Antrag der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers und Anordnung der Bewilligungsbehörde auf das von der Zuwendungsempfängerin oder dem Zuwendungsempfänger bestimmte Konto ausgezahlt.

rin oder dem Zuwendungsempfänger bestimmte Konto ausgezahlt.

7.6.1 Die Zuwendung soll in einem Betrag ausgezahlt werden, nachdem die Durchführung der Investition nachgewiesen ist. Die Auszahlung darf von der Bewilligungsbehörde erst veranlasst werden, nachdem Rechnungen in entsprechender Höhe von der Zuwendungsempfängerin oder dem Zuwendungsempfänger bezahlt worden sind. Eine entsprechende Belegübersicht und die Belege sind der Bewilligungsbehörde mit dem Auszahlungsantrag und dem Verwendungsnachweis vorzulegen. Außerdem muss für das dem Auszahlungsantrag zugrunde liegende Investitionsvolumen die wirtschaftliche Auftragsvergabe nachgewiesen sein.

7.6.2 Wird ein Vorhaben schneller als geplant durchgeführt, so kann die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger die Bewilligungsbehörde hiervon unterrichten und die vorzeitige Auszahlung der Zuwendung beantragen. Zu diesem Zweck hat sich die Bewilligungsbehörde rechtzeitig einen Überblick über die nicht termingerecht abgerufenen und damit frei gewordenen Mittel zu verschaffen.

8. Schlussbestimmungen

Dieser Erl. tritt mit Wirkung vom 1. 4. 2016 in Kraft und mit Ablauf des 31. 12. 2022 außer Kraft. Der Bezugserlass zu a tritt mit Ablauf des 31. 3. 2016 außer Kraft.

An die
Landwirtschaftskammer Niedersachsen

— Nds. MBl. Nr. 36/2016 S. 946

Anlage 1

Bauliche Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung

Ställe müssen so beschaffen sein, dass deren tageslichtdurchlässige Flächen mindestens

- 3 % der Stallgrundfläche bei Schweinen und Geflügel,
- 5 % bei allen übrigen Tierarten

betragen.

Mit den zu fördernden Investitionen sind darüber hinaus die baulichen und technischen Voraussetzungen zur Einhaltung der folgenden Anforderungen zu schaffen:

1. Anforderungen an Laufställe für Milchkühe und Aufzuchttrinder

- Förderungsfähig sind Laufställe. Die spaltenfreie Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere gleichzeitig liegen können.
- Im Fall von Liegeboxen ist für jedes Tier eine Liegebox bereitzustellen.
- Liegeplätze müssen ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu oder anderem Komfort schaffenden Material (Komfortmatten geprüfter und anerkannter Qualität) versehen werden. Bei Hochboxen können Komfortmatten eingesetzt werden.
- Die nutzbare Stallfläche muss mindestens 5,5 m² je Großvieheinheit (GV) betragen.
- Bei Stallneubauten müssen die Lauf-/Fressgänge bei Milchkühen mindestens 3,5 m und Laufgänge 2,5 m breit sein, so dass sich die Tiere stressfrei begegnen können.
- Förderungsfähig sind Laufställe, die über einen Auslauf für mindestens ein Drittel der Milchkühe (4,5 m²/GV) verfügen. Auf einen Auslauf kann verzichtet werden:
 - bei regelmäßigem Sommerweidegang und
 - bei einer Stallmodernisierung, wenn ein Auslauf aufgrund der Stalllage nicht möglich ist und mindestens 7 m²/GV Stallfläche zur Verfügung gestellt werden.
- Für jedes Tier ist ein Grundfutterfressplatz bereitzustellen, dessen Breite dazu ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können. Wenn durch geeignete technische oder manuelle Verfahren die Tiere ständig Zugang zum Futter haben, ist ein Tier-Fressplatz-Verhältnis von maximal 1,2 : 1 zulässig. Werden Melkverfahren angewendet, bei denen die Kühe über den Tag verteilt gemolken werden (z. B. automatische Melksysteme), ist ein Tier-Fressplatz-Verhältnis von maximal 1,5 : 1 zulässig.

2. Anforderungen an die Kälberhaltung

- Der Stall muss so beschaffen sein, dass die Kälber ab der fünften Lebenswoche in Gruppen gehalten werden.
- Die Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere einer Gruppe gleichzeitig liegen können.
- Die Liegefläche muss ausreichend mit geeigneter Einstreu versehen werden.
- Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren entweder während der Weideperiode täglich ein Auslauf mit freiem Zugang zu einer Tränkevorrückung geboten werden kann oder die Tiere im Offenstall (einschließlich Kälberhütten) gehalten werden.

3. Anforderungen an Haltungsformen in der Rindermast (außer Mutterkuhhaltung)

- Die Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere gleichzeitig liegen können.
- Die Liegefläche muss ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu oder anderem Komfort schaffenden Material (Komfortmatten geprüfter und anerkannter Qualität) versehen werden.
- Perforierte Böden (mit einer Spaltenbreite von maximal 3,5 cm) dürfen höchstens 50 % der nutzbaren Stallfläche ausmachen, es sei denn, die Liegefläche ist mit einer perforierten Gummimatte ausgelegt, die mindestens 50 % der Stallfläche ausmacht.
- Die verfügbare Fläche muss
 - bis 350 kg Lebendgewicht mindestens 3,5 m² pro Tier und
 - über 350 kg Lebendgewicht mindestens 4,5 m² pro Tier betragen.
- Für jedes Tier ist ein Grundfutterfressplatz bereitzustellen, dessen Breite ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können. Bei Vorratsfütterung ist ein Tier-Fressplatz-Verhältnis von 1,2 : 1 zulässig. Sofern mittels technischer Einrichtungen den Tieren ein permanenter Zugang zum Futter ermöglicht wird, ist ein Tier-Fressplatz-Verhältnis von 1,5 : 1 zulässig.

4. Anforderungen an die Haltung von Mutterkühen

- Die Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere gleichzeitig liegen können.
- Die Liegefläche muss ausreichend mit geeigneter Einstreu versehen werden.
- Die nutzbare Stallfläche muss mindestens 5,5 m² je GV betragen.
- Der Stall muss über einen Auslauf für mindestens ein Drittel der Mutterkühe (4,5 m²/GV) verfügen. Auf einen Auslauf kann verzichtet werden:
 - bei regelmäßigem Sommerweidegang und
 - bei einer Stallmodernisierung, wenn ein Auslauf aufgrund der Stalllage nicht möglich ist und mindestens 7 m²/GV Stallfläche zur Verfügung gestellt werden.

5. Anforderungen an die Haltung von Absatzferkeln, Zuchtläufern und Mastschweinen

- Der Liegebereich muss
 - ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden oder
 - mit Tiefstreu versehen werden oder
 - mit einer Komfortliegefläche ausgestattet sein.
- Im Stall müssen für alle Tiere zugänglich mindestens drei verschiedenartige manipulierbare Beschäftigungselemente in einer ausreichenden Anzahl zur Verfügung stehen. Geeignet hierfür sind Holz an Ketten, eine besondere Fütterungstechnik, die die Dauer der Futtermittelaufnahme beim Tier ausdehnt und eine Beschäftigung induziert, Strohraufen oder vergleichbare Elemente.
- Für Zuchtläufer und Mastschweine muss eine uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen, die mindestens 20 % größer ist, als nach der TierSchNutzV vorgeschrieben.

6. Anforderungen an die Haltung von Jung- und Zuchtsauen und Zuchtebern

- Im Fall der Trogfütterung ist je Sau oder Jungsau ein Fressplatz bereitzustellen, dessen Breite es zulässt, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können.

- Der Liegebereich muss für Eber, Zucht- und Jungsauen nur im Wartebereich oder in Gruppenhaltung
 - planbefestigt sein und ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden oder
 - mit Tiefstreu versehen werden oder
 - mit einer Komfortliegefläche ausgestattet sein.
- Für Zucht- und Jungsauen im Abferkelbereich und bei Einzelhaltung im Deckbereich muss mindestens ein Teil des Liegebereiches als Komfortliegefläche (z. B. Gummimatte im Schulterbereich) ausgestattet sein.
- Im Stall müssen für alle Tiere (für Zucht- und Jungsauen nur im Wartebereich oder in der Gruppenhaltung) mindestens drei verschiedenartige manipulierbare Beschäftigungselemente in einer ausreichenden Anzahl zur Verfügung stehen. Für Zucht- und Jungsauen ist im Abferkelbereich und bei Einzelhaltung im Deckbereich mindestens ein Beschäftigungselement zur Verfügung zu stellen. Geeignet hierfür sind Holz an Ketten, eine besondere Fütterungstechnik, die die Dauer der Futtermittelaufnahme beim Tier ausdehnt und eine Beschäftigung induziert, Strohraufen oder vergleichbare Elemente.
- Die Haltungseinrichtung für Eber muss eine Fläche aufweisen, die mindestens 20 % größer ist, als nach der TierSchNutzV vorgeschrieben.
- Für Jungsauen und Sauen muss im Zeitraum von über vier Wochen nach dem Decken bis eine Woche vor dem voraussichtlichen Abferkeltermin eine uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen, die mindestens 20 % größer ist, als nach der TierSchNutzV vorgeschrieben.
- Die Mindestfläche je Abferkelbucht muss 6 m² betragen.
- Die Haltungseinrichtung muss so ausgestaltet sein, dass sie nach dem Abferkeln dauerhaft geöffnet werden kann. Die Sau muss sich dann ungehindert umdrehen können.

7. Anforderungen an die Haltung von Ziegen

- Für jedes Tier ist ein Fressplatz bereitzustellen, dessen Breite dazu ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können.
- Der Stallraum muss mit einem planbefestigten Boden sowie einer Ablamm- oder Absonderungsbucht ausgestattet sein.
- Neben der nutzbaren Stallfläche sind zusätzlich pro Ziege mindestens 0,5 m² nutzbare Liegeflächen zu schaffen, die gegenüber der übrigen Stallfläche erhöht sind.
- Liegeplätze müssen ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden.
- Es müssen Zickleinnester vorhanden sein, die so bemessen sind, dass alle Zicklein gleichzeitig liegen können.
- In Stall und Auslauf müssen ausreichend Bürsten und Reibungsflächen zur Verfügung stehen.
- Die nutzbare Stallfläche muss mindestens 1,5 m²/Ziege und 0,35 m²/Zicklein betragen.
- Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren ganzjährig ein Auslauf zur Verfügung steht. Im Stall- oder Auslaufbereich sind geeignete Klettermöglichkeiten zu schaffen.

8. Anforderungen an die Haltung von Schafen

- Der Stallraum muss mit einem planbefestigten Boden sowie einer Ablamm- oder Absonderungsbucht ausgestattet sein.
- Liegeplätze müssen ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden.
- Ein Klauenbad einschließlich Zutriebeinrichtung muss vorhanden sein.
- Die nutzbare Stallfläche muss mindestens 1,5 m²/Schaf und 0,35 m²/Lamm betragen.
- Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren ein Auslauf zur Verfügung steht, der so bemessen und gestaltet ist, dass er für die Sammlung und den Aufenthalt der Herde ausreicht.

9. Anforderungen an die Freilandhaltung von Legehennen

- Im Außenbereich müssen für alle Tiere ausreichende Schutzeinrichtungen natürlicher oder baulicher Art (z. B. Unterstände, Bäume, Sträucher) zur Verfügung stehen, die

ausreichend breit und so verteilt und zusammenhängend angelegt sind, dass sie von den Hühnern von jeder Stelle des Außenbereiches schnell erreicht werden können.

- Soweit die Einrichtung eines Kaltscharrums aus baulichen oder rechtlichen Gründen nicht möglich ist, muss der Stall über einen Dachüberstand von mindestens 2 m Breite/Tiefe über die gesamte mit Ausschlupflöchern versehene Stallseite verfügen. Die gesamte Fläche unter dem Dachüberstand muss befestigt sein. Für Mobilställe sind kein Dachüberstand und keine Befestigung erforderlich.

10. Anforderungen an die Bodenhaltung von Jung- und Legehennen

- Der Stall muss mit einem befestigten Kaltscharrum verbunden sein, der den Tieren ab der zehnten Lebenswoche zur Verfügung steht.
- Der Kaltscharrum muss mindestens einem Drittel der nutzbaren Stallgrundfläche entsprechen und mit geeigneter manipulierbarer Einstreu sowie ausreichend bemessenen und gleichmäßig verteilten Staub- oder Sandbädern ausgestattet sein.
- Die Grundfläche des Kaltscharrums darf nicht in die Berechnung der maximalen Besatzdichte einbezogen werden.
- Zur Optimierung des Stallklimas müssen bei Volierenhaltung Kanäle zur Kotbandbelüftung vorhanden sein.
- Im Stall müssen den Tieren ab der dritten Lebenswoche erhöhte Sitzstangen angeboten werden. Die Sitzstanglänge muss für Junghennen ab der zehnten Lebenswoche mindestens 12 cm je Tier aufweisen.
- Die Sitzstangen müssen für Jung- und Legehennen so installiert sein, dass auf ihnen ein ungestörtes, gleichzeitiges Ruhen aller Tiere möglich ist. In der Volierenhaltung muss der Zugang zu den einzelnen Ebenen regulierbar sein.
- Neben Vorrichtungen zur Regulierung des Lichteinfalls für tageslichtdurchlässige Flächen muss bei künstlicher Beleuchtung eine an die unterschiedlichen Funktionsbereiche der Haltungseinrichtung angepasste Abstufung der Lichtintensität möglich sein. Die Beleuchtung muss für die Tiere flackerfrei sein.
- Der Einstreubereich (inklusive Kaltscharrum) ist so zu strukturieren und auszustatten, dass den Tieren zusätzlich zur Einstreu verschiedenartig manipulierbares und austauschbares Beschäftigungsmaterial (z. B. Heuraufen, Pickblöcke, Stroh- oder Luzerneballen) zur Verfügung steht.

11. Anforderungen an die Haltung von Mastputen

- Der Stall muss gemäß den bundeseinheitlichen Eckwerten für eine freiwillige Vereinbarung zur Haltung von Jungmasthühnern (Broiler, Masthähnchen) und Mastputen, vom 17. 9. 1999, Anlage 2 Mindestanforderungen für die Putenhaltung, ausgestattet sein (siehe Tierschutzbericht der Bundesregierung, BT-Drucksache 14/5712, Anhang 6).
- Der Stall muss mit einem befestigten Kaltscharrum oder Wintergarten verbunden sein. Stall und Kaltscharrum oder Wintergarten sind mit Vorrichtungen für Rückzugsmöglichkeiten und Beschäftigung (erhöhte Ebenen, Sichtbarrieren, Strohraufen) auszustatten.
- Der Kaltscharrum oder Wintergarten muss mindestens 800 cm²/Putenhahn und 500 cm²/Putenhenne umfassen und mit geeigneten, ausreichend bemessenen und gleichmäßig verteilten Staubbädern ausgestattet sein.
- Der Stall muss so bemessen sein, dass die Besatzdichte während der Endmastphase bei Putenhennen maximal 35 kg und bei Putenhähnen maximal 40 kg Lebendgewicht pro m² nutzbarer Stallfläche nicht überschreitet.

12. Anforderungen an die Haltung von Masthühnern

- Die nutzbare Stallfläche muss planbefestigt und ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden.
- Der Stall muss so bemessen sein, dass die Besatzdichte während der Endmastphase maximal 25 kg Lebendgewicht pro m² nutzbarer Stallfläche nicht überschreitet.

13. Anforderungen an die Haltung von Enten oder Gänsen

- Der Stall muss so beschaffen sein, dass den Tieren ein Auslauf und jederzeit zugängliche, ausreichend bemessene Bademöglichkeiten zur Verfügung stehen.
- Die Bademöglichkeiten müssen so gestaltet sein, dass die Enten oder Gänse den ganzen Kopf ins Wasser stecken

können. Es müssen Einrichtungen vorhanden sein, die die Bereitstellung von klarem Wasser für das Baden gewährleisten.

- Der Stall muss so bemessen sein, dass die Besatzdichte während der Endmastphase bei Mastenten maximal 25 kg und bei Mastgänsen maximal 30 kg Lebendgewicht pro m² nutzbarer Stallfläche nicht überschreitet.
- Der Außenbereich muss so bemessen sein, dass ein Weideauslauf von mindestens 2 m²/Mastente bzw. 4 m²/Mastgans zur Verfügung stehen.

14. Anforderung an die Haltung von Pferden

- Förderfähig sind Anlagen/Systeme zur Haltung in Gruppen mit Auslauf.
- Für jedes Pferd ist ein Fressplatz bereitzustellen, dessen Breite dazu ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können.
- Der Stallraum muss mit einem planbefestigten Boden ausgestattet sein, der ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen wird.
- Ein besonderes Abteil für kranke, verletzte, unverträgliche oder neu eingestellte Tiere muss bei Bedarf eingerichtet werden können. Dieses muss mindestens Sicht-, Hör- und Geruchkontakt zu einem anderen Pferd gewährleisten.
- Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren jederzeit ein geeigneter Auslauf zur Verfügung steht.
- Im Sommer wird den Pferden zusätzlich regelmäßiger Weidegang angeboten.
- Die nutzbare Liegefläche muss mindestens 9 m²/Pferd und mindestens 7 m²/Pony betragen.

Anlage 2

Bauliche Anforderungen an eine bestmöglich tiergerechte Haltung

Für alle Tierarten müssen die Tageslichtöffnungen mindestens 5 % der Stallgrundfläche ausmachen.

Zahlenmäßige Angaben sind Mindestmaße bzw. -verhältnisse, wenn nicht anders bezeichnet.

Mit den zu fördernden Investitionen sind darüber hinaus die baulichen und technischen Voraussetzungen zur Einhaltung der folgenden Anforderungen zu schaffen:

1. Anforderungen an die Milchkuhhaltung

- Förderungsfähig sind Liegeboxenlaufställe oder Mehrflächenställe (z. B. Tiefstreu- oder Tretmiststall).
- Von der Förderung ausgeschlossen sind Fress-Liegeboxenställe, Einflächen-Tiefstreu- und Ställe, die nicht als Außenklimaställe konzipiert sind.
- Bei Mehrflächenställen muss die spaltenfreie Liegefläche mindestens 5 m² je Kuh betragen.
- Perforierte Böden sind nur im Lauf- und Fressbereich zulässig.
- Lauf-Fressgänge müssen mindestens 4,50 m breit sein, reine Laufgänge 3,50 m breit.
- Nach jeweils 15 gegenständigen Liegeboxen muss ein Quergang eingefügt werden.
- In Liegeboxenlaufställen müssen mehr Liegeboxen als Kühe vorhanden sein (Verhältnis 1 : 1,1).
- Die tatsächliche nutzbare Liegefläche muss mindestens 1,80 m aufweisen (Aufkantung nicht mit eingerechnet).
- Hochboxen müssen mindestens folgende Länge haben:
 - wandständig 2,80 m,
 - gegenständig 2,70 m.
- Tiefboxen müssen mindestens folgende Länge haben:
 - wandständig 2,90 m,
 - gegenständig 2,80 m.
- Die Boxenbreite für Milchkühe muss bei freitragenden Abtrennungen mindestens 1,30 m (Achismaß) messen. Für den Kopfschwung müssen bei wandständigen Boxen im Anschluss an die Liegefläche mindestens 90 cm Freiraum eingeplant werden, der nicht durch (tragende) Bauteile, wie z. B. Pfeiler eingeschränkt sein darf. Der Nackenriegel muss etwa 170 cm vor der hinteren Boxenkante und 115 bis 130 cm über der Einstreuoberfläche positioniert werden.

- Liegeplätze müssen trocken und weich (Kniefalltest) sein, d. h. ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu oder anderem Komfort schaffenden Material versehen sein. Komfortmatten müssen von geprüfter und anerkannter Qualität sein und müssen für die Bindung auftretender Feuchtigkeit mit zerkleinertem Stroh oder Spänen eingestreut werden.
- Ein Fressplatzüberschuss (1 : 1,1) ist vorzuhalten, die Fressplatzbreite muss 75 cm betragen.
- Wasser muss jederzeit in ausreichender Qualität über geeignete Trogränken zur Verfügung stehen. Für nicht laktierende Kühe sind auch Schalentränken zulässig, maximal sieben Tiere pro Schalentränke.
- Automatische Kuhbürsten sind einzubauen (1 : 50).
- Eingestreute Kranken- und Abkalbebuchten müssen jederzeit verfügbar sein (Verhältnis 1 : 40 bei Kranken- oder 1 : 30 bei Abkalbebuchten). Kranken- und Abkalbebuchten als Einzelbuchten müssen 15 m² groß sein. Als Gruppenbuchten müssen sie 10 m² je Tier groß sein, aber mindestens 20 m².
- Ein Laufhof ist vorzuhalten, wenn im Stall nicht genügend Bewegungsfläche vorhanden ist. Hiervon ist auszugehen, wenn im Stall pro Tier weniger als 4 m² Bewegungsfläche zur Verfügung steht (bei unter 50 Kühen; bei 50 bis 100 Kühen 3,75 m²/Tier; bei über 100 Kühen 3,5 m²). Der Laufhof muss je Tier 4,5 m² groß sein. Die Zugänge zum Laufhof müssen 3,50 m breit sein.
- Ein ganztägiger Weidegang während der Weideperiode (15. Mai bis 15. Oktober) ist verpflichtend. Den Weidegang müssen in der Regel alle Tiere tagsüber haben, außer in Situationen, in denen Krankheit des Tieres oder zu erwartende Schädigung dem entgegenstehen. Über die ausnahmsweise im Stall verbliebenen Tiere ist in der Frist von fünf Jahren ein aus dem Bestandsregister abgeleitetes Stalltagebuch zu führen, aus dem die Identität dieser Tiere, der Tag und die Begründung für den Stallverbleib hervorgehen.
- Von der Weide aus muss Zugang zu einem Witterungsschutz bestehen.
- Auf der Weide müssen mindestens zwei Tränken zur Verfügung stehen.
- Werden Kälber enthornt, darf dies nur durch den Tierarzt und unter Betäubung erfolgen.

2. Anforderungen an die Kälberhaltung

- Perforierte Böden sind nur im Lauf- und Fressbereich zulässig.
- Die Liegefläche muss so bemessen werden, dass alle Tiere einer Gruppe gleichzeitig und ungestört liegen können (Liegefläche 1,2 m² je Kalb).
- Kälber müssen ab der vierten Lebenswoche in Gruppen gehalten werden. Die Kälber sind im Offenstall zu halten.
- Die Liegefläche muss ausreichend mit geeigneter Einstreu versehen werden oder eine verformbare Liegematte ohne Perforierung, die für die Bindung der aufgetretenen Feuchtigkeit mit zerkleinertem Stroh oder Spänen eingestreut ist, aufweisen.
- Für jedes Kalb ist mindestens ein Grundfutterplatz bereitzustellen. Die Fressplatzbreite muss mindestens 60 cm betragen. Dies gilt auch bei Vorratsfütterung.
- Die Milchfütterung muss über Nuckeleimer erfolgen oder mit automatischen Fütterungseinrichtungen, die während des Tränkens nach hinten geschlossen sind.
- Raufutter muss ad libitum zur Verfügung stehen.
- Wasser muss jederzeit in ausreichender Qualität über Schalen- oder Trogränken, die für Kälber geeignet sind, zur Verfügung stehen.
- Eingestreute Krankenbuchten müssen jederzeit verfügbar sein (Verhältnis 1 : 40). Krankenbuchten müssen als Einzelbuchten 4 m² und als Gruppenbuchten 3 m² je Tier groß sein.
- Kälber ab der vierten Lebenswoche müssen während der Weideperiode (15. Mai bis 15. Oktober) Weidegang haben. Den Weidegang müssen in der Regel alle Tiere tagsüber haben, außer in Situationen, in denen Krankheit des Tieres oder zu erwartende Schäden dem entgegenstehen. Über die ausnahmsweise im Stall verbliebenen Tiere ist in der Frist von fünf Jahren ein aus dem Bestandsregister-

ter abgeleitetes Stalltagebuch zu führen, aus dem die Identität dieser Tiere, der Tag und die Begründung für den Stallverbleib hervorgehen.

- Werden Kälber enthornt, darf dies nur durch den Tierarzt und unter Betäubung erfolgen.

3. Anforderungen an die Rindermast (außer Mutterkuhhaltung) und Rinderaufzucht

- Förderungsfähig sind Liegeboxenlaufställe oder Mehrflächenställe (z. B. Tiefstreu- oder Tretmiststall).
- Von der Förderung ausgeschlossen sind Fress-Liegeboxenställe, Einflächen-Tiefstreu- und Ställe, die nicht als Außenklimaställe konzipiert sind.
- Perforierte Böden (mit einer Spaltenbreite von maximal 3,5 cm) sind nur im Lauf- und Fressbereich zulässig und förderungsfähig.
- Die verfügbare Fläche muss
 - bis 400 kg Lebendgewicht mindestens 4,5 m² pro Tier,
 - bis 500 kg Lebendgewicht mindestens 5 m² pro Tier,
 - bis 600 kg Lebendgewicht mindestens 5,5 m² pro Tier,
 - über 600 kg Lebendgewicht mindestens 6 m² pro Tier betragen.
- Mindestens die Hälfte der genannten Stallfläche muss von fester und rutschfester Beschaffenheit sein, d. h., es darf sich nicht um Spaltenböden oder Gitterroste handeln.
- Dabei muss die Liegefläche so bemessen sein, dass alle Tiere gleichzeitig liegen können.
- Die Liegefläche muss weich (Kniefalltest) und trocken sein, d. h. ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu oder anderem Komfort schaffenden Material (Komfortmatten geprüfter und anerkannter Qualität, die für die Bindung auftretender Feuchtigkeit mit zerkleinertem Stroh oder Späne eingestreut werden) versehen werden.
- Für jedes Tier ist ein Grundfutterfressplatz bereitzustellen, dessen Breite ausreicht (rasseabhängig mindestens 1,3 x Schulterbreite), dass alle Tiere gleichzeitig fressen können (Tier-Fressplatz-Verhältnis von 1 : 1,1).
- Kranken- und Separationsbuchten müssen in ausreichender Anzahl vorhanden sein (1 : 50).
- Wasser muss jederzeit in ausreichender Qualität über geeignete Schalen- oder Trogränken zur Verfügung stehen.
- Ein Laufhof ist vorzuhalten, wenn im Stall nicht genügend Bewegungsfläche vorhanden ist. Hiervon ist auszugehen, wenn im Stall pro Tier weniger als 4 m² Bewegungsfläche zur Verfügung steht (bei unter 50 Tieren; bei 50 bis 100 Tieren 3,75 m²/Tier; bei über 100 Tieren 3,5 m²). Der Laufhof muss je Tier 4,5 m² groß sein. Die Zugänge zum Laufhof müssen 3,50 m breit sein.
- Werden Kälber enthornt, darf dies nur durch den Tierarzt und unter Betäubung erfolgen.

4. Anforderungen an die Mutterkuhhaltung

- Förderungsfähig sind Liegeboxenlaufställe oder Mehrflächenställe (z. B. Tiefstreu- oder Tretmiststall).
- Von der Förderung ausgeschlossen sind Freß-Liegeboxenställe, Einflächen-Tiefstreu- und Ställe, die nicht als Außenklimaställe konzipiert sind.
- In Zweiraumtiefstreu- und Ställen muss die Liegefläche für hornlose Tiere pro Tier mindestens 5 m² groß sein und die Verkehrsfläche 2,5 m².
- In Zweiraumtiefstreu- und Ställen muss die Liegefläche für behornete Tiere pro Tier mindestens 9 m² groß sein und die Verkehrsfläche 3 m².
- Die Liegefläche muss ausreichend mit geeigneter Einstreu versehen werden.
- Für jedes Tier ist ein Grundfutterfressplatz bereitzustellen, dessen Breite (rasseabhängig mindestens 1,3 x Schulterbreite) ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können (Tier-Fressplatz-Verhältnis von 1 : 1).
- Wasser muss jederzeit in ausreichender Qualität über Schalen- oder Trogränken zur Verfügung stehen.
- Ein separater Kälberbereich (Kälberschlupf) muss vorhanden sein (mindestens 2 m² je Kalb).
- Kranken- und Separationsbuchten müssen in ausreichender Anzahl vorhanden sein (1 : 40).

- Ein Laufhof ist vorzuhalten, wenn im Stall nicht genügend Bewegungsfläche vorhanden ist. Hiervon ist auszugehen, wenn im Stall pro Tier weniger als 4 m² Bewegungsfläche zur Verfügung steht (bei unter 50 Kühen; bei 50 bis 100 Kühen 3,75 m²/Tier; bei über 100 Kühen 3,5 m²). Der Laufhof muss je Tier 4,5 m² groß sein. Die Zugänge zum Laufhof müssen 3,50 m breit sein.
- Ein ganztägiger Weidegang während der Weideperiode (15. Mai bis 15. Oktober) ist verpflichtend. Den Weidegang müssen in der Regel alle Tiere tagsüber haben, außer in Situationen, in denen Krankheit des Tieres oder zu erwartende Schädigung dem entgegenstehen. Über die ausnahmsweise im Stall verbliebenen Tiere ist in der Frist von fünf Jahren ein aus dem Bestandsregister abgeleitetes Stalltagebuch zu führen, aus dem die Identität dieser Tiere, der Tag und die Begründung für den Stallverbleib hervorgehen.
- Werden Kälber enthornt, darf dies nur durch den Tierarzt und unter Betäubung erfolgen.

5. Anforderungen an die Haltung von Jung- und Zuchtsauen und Ebern

- Die Gruppenhaltungsform „Fress-Liegebuchten“ ist nicht förderungsfähig.
- Für Jungsauen und Sauen muss im Zeitraum von über vier Wochen nach dem Decken bis einer Woche vor dem voraussichtlichen Abferkeltermin eine uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche von 2,5 m² (Jungsauen) und 3,4 m² (Altsauen) zur Verfügung stehen.
- Die Mindestfläche je Abferkelbucht muss 7 m² betragen.
- Die Haltungseinrichtung für Eber muss eine nutzbare Bodenfläche von 7 m² aufweisen.
- Der Liegebereich muss im genannten Produktionsabschnitt entweder planbefestigt und ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen sein.
- Kastenstände müssen so ausgestaltet sein, dass sie nach dem Abferkeln dauerhaft geöffnet werden können.
- Die Abferkelbucht muss Funktionsbereiche für die Sau (Fress-, Liege- und Kotbereich) bieten, ein ungehindertes Umdrehen ermöglichen, ein ausreichend großes Ferkelnest vorhalten (mindestens 1,5 m²) und den Einsatz von Nestbaumaterial ermöglichen.
- Im Fall der Trogfütterung in Gruppen ist je Sau oder Jungsau ein Fressplatz bereitzustellen, dessen Breite es zulässt, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können.
- Fütterungssysteme, die nicht für jedes Tier gleichzeitig einen Fressplatz anbieten, können nur gefördert werden, wenn allen Tieren über eine rohfaserhaltige Beifütterung (Rohfasergehalt größer als 10 %) oder fressbares Beschäftigungsmaterial ein gleichzeitiges Fressen ermöglicht wird.
- Im Bereich für niedertragende Sauen muss Stroh, Silage, Frischgras, Heu oder Ähnliches als Beschäftigungsmaterial angeboten werden.
- Im Stall müssen alle Tiere ständig Zugang zu ausreichenden Mengen von veränderbaren organischem Material haben, das gesundheitlich unbedenklich ist und dem Erkundungsverhalten dient.
- Vor dem Ferkeln muss den Sauen Nestbaumaterial zur Verfügung gestellt werden.
- Für 5 % der gehaltenen Tierzahl müssen Buchten vorgehalten werden, die als Kranken- oder Separationsbucht genutzt werden können. Die Tiere müssen sich in diesen Buchten ungehindert umdrehen können.
- Kastrationen dürfen nur unter Betäubung vorgenommen werden.

6. Anforderungen an die Haltung von Aufzuchtferkeln, Zuchtläufern und Mastschweinen

- Für jedes Ferkel bis 30 kg (ab 40 Tage) muss eine uneingeschränkte Bodenfläche von 0,5 m² zur Verfügung stehen.
- Ferkel dürfen nicht in Flat-Deck-Anlagen oder Ferkelkäfigen gehalten werden.
- Für Zuchtläufer und Mastschweine muss je Tier folgende uneingeschränkte Bodenfläche zur Verfügung stehen: bis 50 kg 0,8 m²; bis 110 kg 1,3 m²; über 110 kg 1,5 m².
- Die Buchten müssen so groß und so gestaltet sein, dass sie in Fressbereich, Liegebereich und Bewegungsbereich strukturiert werden können.

- Die Stallböden müssen glatt, aber rutschfest sein. Mindestens die Hälfte der genannten Stallfläche muss von fester Beschaffenheit sein, d. h., es darf sich nicht um Spaltenböden oder Gitterroste handeln.
- Der Liegebereich muss planbefestigt und ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden.
- Fütterungssysteme, die nicht für jedes Tier gleichzeitig einen Fressplatz anbieten, können nur gefördert werden, wenn allen Tieren über eine rohfaserhaltige Beifütterung (Rohfasergehalt größer als 10 %) oder fressbares Beschäftigungsmaterial ein gleichzeitiges Fressen ermöglicht wird.
- Für je sechs Tiere ist räumlich getrennt von der Futterstelle eine Tränke zur Verfügung zu stellen. Pro Tiergruppe muss mindestens eine Tränke als Tränkeschale (offene Wasserfläche) eingerichtet werden.
- Im Stall müssen alle Tiere ständig Zugang zu ausreichenden Mengen von veränderbaren organischem Material haben, das gesundheitlich unbedenklich ist und dem Erkundungsverhalten dient.
- Für 5 % der gehaltenen Tierzahl müssen Buchten vorgehalten werden, die als Kranken- oder Separationsbucht genutzt werden können. Die Tiere müssen sich in diesen Buchten ungehindert umdrehen können.
- Die Kastration von Ferkeln ohne Betäubung ist verboten.

7. Anforderungen an die Ziegenhaltung

- Nur Außenklimaställe sind förderungsfähig.
 - Die nutzbare Stallfläche muss mindestens 2 m² je Ziege und 0,5 m² je Zicklein betragen.
 - Neben der o. g. nutzbaren Stallfläche sind zusätzlich pro Ziege mindestens 1 m² nutzbare Liegefläche zu schaffen, die gegenüber der übrigen Stallfläche erhöht ist und auf unterschiedlichem Niveau mindestens drei Stufen vorsieht.
 - Einzelbuchten für Böcke müssen mindestens 3 m² Liegefläche und mindestens 6 m² Lauffläche/pro Tier aufweisen.
 - Der Stallraum muss mit einem planbefestigten Boden ausgestattet sein.
 - Liegeplätze müssen mit ausreichend geeigneter trockener Einstreu versehen werden.
 - Es muss ein Fressplatzüberschuss (1 : 1,1) vorhanden sein, sodass alle Tiere gleichzeitig und ungestört fressen können. Die Fressplatzbreite bei Ziegen muss mindestens 0,45 m betragen, bei Ziegenböcken mindestens 0,60 m. Fressplatzabtrennungen und Fressblenden sind vorgeschrieben.
 - Wasser muss jederzeit in guter Qualität über Schalen- oder Trogränken zur Verfügung stehen.
 - Im Stall und im Auslauf müssen ausreichend Bürsten und Reibungsflächen zur Verfügung stehen (1 : 50).
 - Im Stall- oder Auslaufbereich sind geeignete Kletter- und Springmöglichkeiten zu schaffen.
 - Es müssen Aufzuchtbuchten für Zicklein vorhanden sein, die so bemessen sein müssen, dass alle Zicklein gleichzeitig liegen können.
 - Eine Ablamm- oder Absonderungsbucht (1 : 40) muss verfügbar sein.
 - Ein ganztägiger Weidegang während der Weideperiode (15. Mai bis 15. Oktober) ist verpflichtend. Den Weidegang müssen in der Regel alle Tiere tagsüber haben, außer in Situationen, in denen Krankheit des Tieres oder zu erwartende Schädigung dem entgegenstehen. Über die ausnahmsweise im Stall verbliebenen Tiere ist in der Frist von fünf Jahren ein aus dem Bestandsregister abgeleitetes Stalltagebuch zu führen, aus dem die Identität dieser Tiere, der Tag und die Begründung für den Stallverbleib hervorgehen.
 - Ein Laufhof (mindestens 1 m²/Ziege), den alle Tiere gleichzeitig nutzen können, muss jederzeit verfügbar sein.
 - Das Enthornen ist bei Ziegen nicht zulässig, sodass die Haltungsform für behornnte Ziegen konzipiert sein muss.
 - Innerhalb des Bestandes dürfen je Gruppe maximal 50 Tiere gehalten werden.
- #### 8. Anforderungen an die Schafhaltung
- Förderungsfähig sind Außenklimaställe in Kombination mit Weidegang.
 - Die nutzbare Stallfläche muss mindestens 2 m²/Schaf und 0,5 m²/Lamm betragen.

- Der Stallraum muss mit einem planbefestigten Boden ausgestattet sein.
- Die Liegeplätze müssen ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden.
- Der Stall muss über Kranken- und Ablambbuchten verfügen (1 : 40).
- Ein Klauenbad einschließlich Zutriebeinrichtung muss vorhanden sein.
- Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren ein jederzeit zugänglicher Auslauf (mindestens 1,5 m²/Schaf) zur Verfügung steht, der so bemessen und gestaltet ist, dass er für die Sammlung und den Aufenthalt der gesamten Herde ausreicht.
- Bei ganzjähriger Weidehaltung muss ein mindestens nach zwei Seiten geschlossener (Hauptwindrichtung) und überdachter Witterungsschutz vorhanden sein, der allen Tieren gleichzeitig ausreichend Platz bietet (mindestens 1,5 m² pro Schaf und 0,35 m² pro Lamm).
- Wasser muss jederzeit in ausreichender Qualität über Schalen- oder Trogränken zur Verfügung stehen.

9. Anforderungen an die Bodenhaltung von Jung- und Legehennen

- Es dürfen maximal 6 000 Legehennen in einem Gebäude gehalten werden.
- Die Besatzdichte darf maximal sieben Legehennen je m² nutzbarer Fläche im Stallinnenbereich betragen, bei mehreren Ebenen maximal zwölf Legehennen je m² Stallgrundfläche. Die Fläche des Kaltscharrraums wird nicht auf die Besatzdichte angerechnet.
- Mindestens ein Drittel der Stallbodenfläche muss planbefestigt und eingestreut werden.
- Pro Legehennen müssen 18 cm Sitzstangen zur Verfügung stehen; die Ausführungshinweise zur TierschutzNutztV sind zu beachten. Die Sitzstangen sind in verschiedenen Höhen anzubringen. Bei klassischer Bodenhaltung ohne Volieren ist die Hälfte davon in unterschiedlichen Höhen kontinuierlich ansteigend anzubringen.
- Nester sind obligatorisch. Sie können als Gruppennester (maximal 120 Legehennen pro m² Nestfläche) oder als Einzelnester (ein Nest für maximal sechs Legehennen) gestaltet sein.
- Es muss ein Stallabteil zur gesonderten Haltung von abgestoßenen, kranken oder verletzten Tieren vorgehalten werden, dessen Größe an die Tierzahl angepasst werden kann. Besatzdichte maximal vier Hennen/m².
- Der Stall muss mit einem befestigten Kaltscharrraum verbunden sein, der mindestens einem Drittel der nutzbaren Fläche des Warmstalls entspricht.
- Der Kaltscharrraum muss mit geeigneten, ausreichend bemessenen und gleichmäßig verteilten Staubbädern ausgestattet sein.
- Im Kaltscharrraum müssen (außer in Frostperioden) zusätzliche Tränkeeinrichtungen verfügbar sein.
- Je 250 Hennen sind 1 m Luke einzurichten.
- Neben der normalen Einstreu ist mindestens eine weitere veränderbare Beschäftigungsmöglichkeit anzubieten, z. B. Picksteine, Stroh/Heu in Raufen.
- Für Junghennen gelten die Regelungen für Legehennen in Bodenhaltung mit folgenden Abweichungen: Die Besatzdichte darf maximal 14 Junghennen je m² nutzbarer Fläche im Stallinnenbereich betragen, bei mehreren Ebenen maximal 24 Junghennen je m². Pro Junghenne müssen mindestens 8 cm und ab der 10. Lebenswoche mindestens 12 cm Sitzstangenlänge zur Verfügung stehen. Nester werden nicht benötigt.

10. Anforderungen an die Freilandhaltung von Legehennen

Zusätzlich zu den Anforderungen zur Bodenhaltung gilt folgendes:

- An den befestigten Kaltscharrraum muss über die gesamte Länge ein Dachüberstand von mindestens 2 m Breite/Tiefe anschließen.
- Der Kaltscharrraum muss auf der gesamten Stalllänge zu öffnen sein, Stützen ausgenommen.
- Auslaufflächen sind entsprechend der Trennung im Stall durch geeignete Zäune zu unterteilen.
- Je Henne sind 4 m² Außenfläche vorzuhalten.

- Stall und Auslauf sind so anzulegen, dass ein Abstand von 150 m zwischen der Stallöffnung und der äußere Begrenzung des Auslaufs nicht überschritten wird.
- Im Auslauf im Freien müssen für alle Tiere ausreichende Schutzeinrichtungen natürlicher oder baulicher Art (z. B. Unterstände, Bäume, Sträucher; jeweils mindestens 5 m² Überdeckung) zur Verfügung stehen, die so verteilt und zusammenhängend angelegt sind, dass sie von den Tieren von jeder Stelle des Außenbereichs schnell erreicht werden können.
- Für Mobilställe gelten sinngemäß die gleichen Anforderungen, ein Kaltscharrraum ist jedoch nicht erforderlich. Mobilställe sind mindestens monatlich umzusetzen; das Versetzen ist zu dokumentieren.

11. Anforderungen an die Mastputenhaltung

- Es dürfen maximal 2 500 Puten in einem Gebäude gehalten werden.
- Der Stall muss gemäß den bundeseinheitlichen Eckwerten für eine freiwillige Vereinbarung zur Haltung von Mastputen vom März 2013 (Anlage 1 zum RdErl. des ML vom 4. 12. 2014 (Nds. MBl S. 804) ausgestattet sein und so bemessen sein, dass die Besatzdichte während der Endmastphase bei Putenhennen maximal 30 kg und bei Putenhähnchen maximal 35 kg Lebendgewicht pro m² nutzbarer Stallfläche nicht überschreitet.
- Der Stall muss mit einem Außenklimabereich ausgestattet sein, der den Vorgaben der „Niedersächsischen Empfehlung für die Einrichtung und den Betrieb eines Außenbereiches in der Putenmast“ (Anlage 2 zum RdErl. des ML vom 4. 12. 2014 (Nds. MBl S. 804) entspricht.
- Mindestens ein Drittel der Stallbodenfläche muss planbefestigt und eingestreut sein.
- Die Auslassöffnungen (4 lfd. Meter je 100 m² Stallfläche) sind gleichmäßig über die gesamte Stalllängsseite zu verteilen. Die Auslassöffnungen müssen 10 % der Stalllängsseite ausmachen. Die Öffnungen müssen 1,00 m breit sein und 0,80 m hoch sein. Stall und Außenklimabereich müssen sich auf einer Ebene befinden. Die Auslassöffnungen müssen verschließbar sein, z. B. durch Klappen. Für die Betreuungspersonen sind mindestens zwei Verbindungstüren zwischen Stall und Außenklimabereich einzurichten.
- Ein Auslauf mit mindestens 8 m² Fläche pro Tier ist vorzuhalten.
- Die Fläche des Außenklimabereichs wird nicht auf die Besatzdichte angerechnet.
- Neben der normalen Einstreu ist mindestens eine weitere veränderbare Beschäftigungsmöglichkeit anzubieten, z. B. Picksteine, Stroh/Heu in Raufen.
- Die Auslassöffnungen sind gleichmäßig über die gesamte Stalllängsseite zu verteilen. Die Auslassöffnungen müssen 10 % der Stalllängsseite ausmachen. Die Öffnungen müssen 1,00 m breit und 0,80 m hoch sein. Stall und Außenklimabereich müssen sich auf einer Ebene befinden. Die Auslassöffnungen müssen verschließbar sein, z. B. durch Klappen. Für die Betreuungspersonen sind mindestens zwei Verbindungstüren zwischen Stall und Außenklimabereich anzulegen.
- Stall und Außenklimabereich sind mit Rückzugsmöglichkeiten für die Puten auszustatten (z. B. erhöhte Ebenen, Sichtbarrieren).
- Es muss ein Stallabteil zur gesonderten Haltung von abgestoßenen, kranken oder verletzten Tieren vorgehalten werden, dessen Größe an die Tierzahl angepasst werden kann. Besatzdichte maximal drei Puten/m².

12. Anforderungen an die Masthühnerhaltung

- Es dürfen maximal 6 000 Hühner in einem Gebäude gehalten werden.
- Der Stall muss so bemessen sein, dass die Besatzdichte während der Endmastphase maximal 20 kg Lebendgewicht pro m² nutzbare Stallfläche nicht überschreitet.
- Sitzstangen müssen für mindestens 10 % der eingestellten Masthühner verfügbar sein und mindestens 20 cm pro Tier messen.
- Der Stall muss mit einem Außenklimabereich versehen sein, der sich mindestens über eine gesamte Stalllängsseite erstreckt und mindestens 20 % der Stallgrundfläche misst.

- Der Kaltscharrraum muss auf der gesamten Stalllänge zu öffnen sein, Stützen ausgenommen.
- Die nutzbare Stallbodenfläche muss planbefestigt und ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden.
- Die Fläche des Außenklimabereichs wird nicht auf die Besatzdichte angerechnet.
- Der Außenklimabereich ist spätestens ab der vierten Lebenswoche bereitzustellen.
- Stall und Auslauf sind so anzulegen, dass ein Abstand von 150 m zwischen der Stallöffnung und der äußere Begrenzung des Auslaufs nicht überschritten wird.
- Ein Auslauf mit mindestens 4 m² Fläche pro Tier ist vorzuhalten.
- Die Auslassöffnungen (4 lfd. Meter je 100 m² Stallfläche) sind gleichmäßig über die gesamte Stalllängsseite zu verteilen. Die Auslassöffnungen müssen 10 % der Stalllängsseite ausmachen. Die Öffnungen müssen 0,5 m breit sein und 0,4 m hoch sein. Stall und Außenklimabereich müssen sich auf einer Ebene befinden. Die Auslauföffnungen müssen verschließbar sein, z. B. durch Klappen. Für die Betreuungspersonen sind mindestens zwei Verbindungstüren zwischen Stall und Außenklimabereich einzurichten.
- Für mobile Haltungssysteme ist kein Kaltscharrraum erforderlich. Mobilställe sind mindestens monatlich umzusetzen.
- Im Auslauf im Freien müssen für alle Tiere ausreichende Schutzeinrichtungen natürlicher oder baulicher Art (z. B. Unterstände, Bäume, Sträucher; jeweils mindestens 5 m² Überdeckung) zur Verfügung stehen, die so verteilt und zusammenhängend angelegt sind, dass sie von den Hühnern von jeder Stelle des Außenbereichs schnell erreicht werden können.
- Es muss ein Stallabteil zur gesonderten Haltung von abgestoßenen, kranken oder verletzten Tieren vorgehalten werden, dessen Größe an die Tierzahl angepasst werden kann. Besatzdichte maximal vier Hennen/m².

13. Anforderungen an die Pekingtonhaltung

- Es dürfen maximal 4 000 weibliche oder 3 200 männliche Pekingtonen in einem Gebäude gehalten werden.
- Der Stall muss so bemessen sein, dass die Besatzdichte während der Endmastphase 15 kg Lebendgewicht pro m² nutzbare Stallfläche nicht überschreitet.
- Der Stall muss planbefestigt und mit geeignetem Material eingestreut sein. Als Einstreumaterialien werden Stroh- und Strohgemische, gemahlenes Stroh, Strohpellets, Lignozellulose und Dinkel- oder Haferspelzen vorgeschrieben. Die Qualität der Einstreu muss trocken und locker sein. Vernässte oder verkrustete Einstreubereiche sind zu entfernen und nachzustreuen.
- Der Stall muss mit einem befestigten Außenklimabereich verbunden sein, der sich mindestens über eine gesamte Stalllängsseite erstreckt.
- Die Fläche des Außenklimabereichs wird nicht auf die Besatzdichte angerechnet.
- Ausreichend bemessene Bademöglichkeiten müssen jederzeit zur Verfügung stehen. Die Bademöglichkeiten müssen so gestaltet sein, dass die Enten den Kopf komplett ins Wasser stecken können. Es müssen Einrichtungen vorhanden sein, die die Bereitstellung von klarem Wasser für das Baden gewährleisten.
- Die Auslassöffnungen (4 m Klappen/100 m² Stall) sind gleichmäßig über die gesamte Stalllängsseite zu verteilen. Die Auslassöffnungen müssen 10 % der Stalllängsseite ausmachen. Die Öffnungen müssen 1,00 m breit sein und 0,50 m hoch sein. Stall und Außenklimabereich müssen sich auf einer Ebene befinden. Die Auslauföffnungen müssen verschließbar sein, z. B. durch Klappen. Für die Betreuungspersonen sind mindestens zwei Verbindungstüren zwischen Stall und Außenklimabereich einzurichten.
- Ein Weideauslauf mit mindestens 4,5 m² Fläche pro Tier ist vorzuhalten.

- Im Auslauf im Freien müssen für alle Tiere ausreichende Schutzeinrichtungen natürlicher oder baulicher Art (z. B. Unterstände, Bäume, Sträucher; jeweils mindestens 5 m² Überdeckung) zur Verfügung stehen, die so verteilt und zusammenhängend angelegt sind, dass sie von den Enten von jeder Stelle des Außenbereichs schnell erreicht werden können.
- Es muss ein Stallabteil zur gesonderten Haltung von abgestoßenen, kranken oder verletzten Tieren vorgehalten werden, dessen Größe an die Tierzahl angepasst werden kann. Besatzdichte maximal drei Enten/m².

14. Anforderungen an die Gänsehaltung

- Es dürfen maximal 2 500 Gänse in einer Einheit gehalten werden.
- Förderfähig ist die Weidehaltung.
- Mindestens 15 m² Weidefläche pro Tier müssen verfügbar sein.
- Es muss ein Stallabteil zur gesonderten Haltung von abgestoßenen, kranken oder verletzten Tieren vorgehalten werden, dessen Größe an die Tierzahl angepasst werden kann. Besatzdichte maximal drei Gänse/m².
- Ausreichend bemessene Bademöglichkeiten müssen jederzeit zur Verfügung stehen. Die Bademöglichkeiten müssen so gestaltet sein, dass die Gänse den Kopf komplett ins Wasser stecken können. Es müssen Einrichtungen vorhanden sein, die die Bereitstellung von klarem Wasser für das Baden gewährleisten.
- Ein Witterungsschutz muss verfügbar sein.

Anlage 3

Punktesystem zur Projektauswahl

Investitionsschwerpunkt	Punkte
Bestmöglich tiergerechte Haltung nach Anlage 2	
1 Schweinehaltung allgemein	7
2 Schweinehaltung – hier Sauenhaltung, Ferkelaufzucht	10
3 Geflügelhaltung	7
4 Geflügelhaltung im Mobilstall	8
5 Rinder-, Schaf- und Ziegenhaltung allgemein	7
6 Rinder-, Schaf- und Ziegenhaltung mit Dauergrünland größer als 50 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LF)	10
7 Rindermast mit Weidehaltung	10
8 Modernisierung vorhandener Stallanlagen (alle Tierarten) nach Anlage 2	10
Besonders tiergerechte Haltung nach Anlage 1	
9 Schweinehaltung allgemein	1
10 Schweinehaltung – hier Sauenhaltung, Ferkelaufzucht	3
11 Geflügelhaltung	1
12 Geflügelhaltung im Mobilstall	4
13 Rinder-, Schaf- und Ziegenhaltung allgemein	1
14 Rinder-, Schaf- und Ziegenhaltung mit Dauergrünland größer als 50 % der LF	3
15 Rinder-, Schaf- und Ziegenhaltung mit Dauergrünland größer als 50 % der LF und Weidegang vom 15. Mai bis 15. Oktober	6
16 Pferdehaltung	1
17 Modernisierung vorhandener Stallanlagen (alle Tierarten) nach Anlage 1	7
Sonstige Schwerpunkte	
18 Innovative Projekte	10
19 Verarbeitung, Direktvermarktung	7
20 Güllelager, Festmistlager, Fahrsilanlage	5

Investitionsschwerpunkt	Punkte
21 Andere bauliche Investition (z. B. Ackerbau, Gartenbau)	2
22 Bestimmte Pflanzenschutzgeräte im Obstbau (Tunnelgeräte)	4
23 Bestimmte Geräte zur Ausbringung von Gülle, Gärresten, Jauche und Sickersaft	3
24 Bestimmte andere Pflanzenschutzgeräte	2
Zusätzliche Punkte	
25 Ökologischer Landbau gemäß Verordnung (EG) Nr. 834/2007	7
26 Stallbau-Ersatzinvestition mit Reduzierung auf maximal 2,0 GV/ha	7
27 Schweinehaltung mit Auslauf	4
28 Stallbau liegt in einem Landkreis mit einem Viehbesatz unter 0,5 GV/ha	4
29 Stallbau liegt in einem Landkreis mit einem Viehbesatz von mindestens 0,5 GV/ha, aber unter 1,0 GVE/ha	3

Investitionsschwerpunkt	Punkte
30 Stallbau-Ersatzinvestition ohne Ausweitung des Bestandes	3
31 Rinderhaltung: Vollständige Umstellung von Anbindehaltung auf Laufstallhaltung	3
32 Junglandwirt/Junglandwirtin oder Existenzgründer/Existenzgründerin	3
33 Betriebssitz in Südniedersachsen (Landkreise Göttingen, Goslar, Holzminden, Northeim, Osterode am Harz)	3
34 Schweine-/Geflügelhaltung: Besucherbereich	2
35 Antragstellerin/Antragsteller hat an geförderter einzelbetrieblicher Beratung (EMS/EB) teilgenommen	2
36 Verknüpfung mit einer Operationellen Gruppe (OG)/EIP	2
37 Verknüpfung zu einer lokalen Aktionsgruppe (LAG)/LEADER	2
38 Teilnahme an Fördermaßnahme zur Integrierten Ländlichen Entwicklung (ZILE)	1

K. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Schutz von Geotopen

RdErl. d. MU v. 20. 9. 2016 — 26-22211/1 —

— VORIS 28100 —

— Im Einvernehmen mit dem MW und dem MWK —

1. Begriff

Geotope sind erdgeschichtliche Bildungen der unbelebten Natur, die Erkenntnisse über die Entwicklung der Erde und des Lebens vermitteln. Sie umfassen Aufschlüsse von Gesteinen, Böden, Mineralien und Fossilien sowie einzelne Naturerschöpfungen und natürliche Landschaftsteile.

2. Rechtsgrundlage

Geotope bilden keine eigene Schutzkategorie. Als Schutzkategorien kommen in erster Linie Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG und Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG oder Kulturdenkmäler i. S. des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes in Betracht.

3. Verfahren

3.1 Für die wissenschaftliche Beurteilung und Dokumentation von Geotopen ist in Niedersachsen das LBEG zuständig. Dort wird eine Geotopdatei geführt.

3.2 Die Ausweisung und die entsprechende Zuständigkeit ergeben sich aus der Rechtsgrundlage. Das Initiativrecht für die Unterschutzstellung geht von der zuständigen Behörde aus. Sie holt eine Stellungnahme des LBEG ein. Diese Stellungnahme hat sie bei der Ausweisung des Geotops zu berücksichtigen.

3.3 Darüber hinaus besteht ein Initiativrecht beim LBEG. Das LBEG orientiert sich bei seinen Vorschlägen an der Arbeitsgrundlage „Arbeitsanleitung Geotopschutz in Deutschland“ und unterbreitet auf dieser Grundlage

- Vorschläge für zu schützende Geotope,
- wissenschaftliche Erfassungs- und Bewertungsergebnisse für diese Geotope sowie
- Vorschläge für den Schutz-, die Pflege- und die Erhaltung der Geotope einschließlich des daraus resultierenden Schutzzwecks und der in der Schutzanordnung erforderlichen Ge- und Verbote.

3.4 Soweit die zuständige Behörde Regelungen zu Lasten des Geotopschutzes trifft, stellt sie vorab das Benehmen mit dem LBEG her.

4. Schlussbestimmung

Dieser RdErl. tritt am 28. 9. 2016 in Kraft.

An
die Unteren Naturschutzbehörden
die Unteren Denkmalschutzbehörden
den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz
das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege
das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

— Nds. MBl. Nr. 36/2016 S. 957

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Ohrensen)****Bek. d. LBEG v. 5. 9. 2016
— L1.4/L67007/03-08-02/2016-0010 —**

Die Firma Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Aussollungsbergwerk Ohrensen, Herbert-Henry-Dow-Weg 1, 21698 Ohrensen, beabsichtigt die Durchführung einer Tiefbohrung mit einer Endteufe von 2 000 m zum Zweck der Solegewinnung.

Das Vorhaben befindet sich auf dem Gebiet der Samtgemeinde Harsefeld im Landkreis Stade, Gemarkung Hollenbeck, Flur 2.

Die geplante Dauer des Vorhabens bis zur Aufnahme des Aussollbetriebes beträgt ca. zwei Jahre.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 1 Nr. 10 Buchst. a UVP-V Bergbau für Tiefbohrungen ab 1 000 m

Teufe zur Gewinnung von Bodenschätzen i. V. m. § 3 c Satz 1 UVPG durch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Diese nach den Vorgaben der Anlage 2 UVPG vorgenommene allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das o. g. Vorhaben nicht erforderlich ist.

Diese Feststellung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Sie ist nach § 3 a UVPG nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBl. Nr. 36/2016 S. 958

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(Volkswagen AG, Salzgitter)****Bek. d. GAA Braunschweig v. 2. 9. 2016
— BS 15-107 —**

Die Volkswagen AG, Industriestraße Nord, 38231 Salzgitter, hat mit Schreiben vom 20. 7. 2015 die Erteilung einer Änderungsgenehmigung gemäß § 16 Abs. 1 BImSchG in der derzeit geltenden Fassung für die Errichtung und den Betrieb eines Motorprüfzentrums in Halle 3 beantragt.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c i. V. m. Nummer 10.5.1 der Anlage 1 UVPG in der derzeit geltenden Fassung durch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Diese Vorprüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das o. g. Verfahren nicht erforderlich ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar ist.

— Nds. MBl. Nr. 36/2016 S. 958

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(Bioenergie Eickenrode GmbH & Co. KG, Edemissen)****Bek. d. GAA Braunschweig v. 7. 9. 2016
— BS 15-147 —**

Die Bioenergie Eickenrode GmbH & Co. KG, Lehmkuhlenweg 9, 31234 Edemissen, hat mit Schreiben vom 24. 8. 2015 die Erteilung einer Änderungsgenehmigung gemäß § 16 Abs. 1 BImSchG in der derzeit geltenden Fassung für die Erweiterung der Biogasanlage Eickenrode um ein Gärrestlager und einen Gasspeicher beantragt.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c i. V. m. Nummer 8.4.2.2 der Anlage 1 UVPG in der derzeit geltenden Fassung durch eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Diese Vorprüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das o. g. Verfahren nicht erforderlich ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar ist.

— Nds. MBl. Nr. 36/2016 S. 958

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(PLG mbH, Baddeckenstedt)****Bek. d. GAA Braunschweig v. 16. 9. 2016
— BS 15-119 —**

Die PLG mbH, Am Park, 39271 Baddeckenstedt, hat mit Schreiben vom 31. 7. 2015 die Erteilung einer Genehmigung gemäß § 4 BImSchG in der derzeit geltenden Fassung für die Errichtung und den Betrieb eines Lagerkomplexes zur Lagerung von Chemikalien in Bad Harzburg, Gödeckekamp 7, beantragt.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c i. V. m. Nummer 9.3.3 der Anlage 1 UVPG in der derzeit geltenden Fassung durch eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Die Antragstellerin hat eine gutachtliche Bewertung der Auswirkungen des geplanten Vorhabens erstellen lassen. Die Gutachter kommen zu dem Ergebnis, dass auf die Schutzgüter des UVPG durch den Betrieb des geplanten Gefahrstofflagers keine relevanten nachteiligen Auswirkungen zu erwarten sind. Dies gilt insbesondere auch für einen im Störfall möglichen Brand oder eine Explosion. Die gutachtlichen Aussagen sind plausibel und nachvollziehbar.

Als Ergebnis der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles kann daher festgestellt werden, dass auf der Grundlage der Anlage 2 UVPG keine Umstände erkennbar waren, die Anlass zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß § 3 c Satz 2 UVPG geben konnten. Die Durchführung einer vertiefenden Umweltverträglichkeitsprüfung war daher nicht erforderlich.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar ist.

— Nds. MBl. Nr. 36/2016 S. 958

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Celle**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(CB energy GmbH & Co. KG, Wietzen-
dorf)****Bek. d. GAA Celle v. 14. 9. 2016
— CE000043773-16-053-02 —**

Die CB energy GmbH & Co. KG, Reddingen 2, 29649 Wietzen-
dorf, hat mit Schreiben vom 19. 7. 2016 die Erteilung einer
Genehmigung gemäß § 4 i. V. m. § 19 BImSchG in der derzeit
geltenden Fassung für die Errichtung und den Betrieb eines
BHKW am Standort in 29649 Wietzen-
dorf, Hinter den Höfen,
Gemarkung Wietzen-
dorf, Flur 2, Flurstück 35/1, beantragt.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c
i. V. m. Nummer 1.2.2.2 der Anlage 1 UVPG in der derzeit gel-
tenden Fassung durch eine Vorprüfung des Einzelfalles zu er-
mitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung
einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglich-
keitsprüfung in diesem Verfahren nicht erforderlich ist.

Diese Feststellung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.
Sie ist nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBl. Nr. 36/2016 S. 959

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(Eilstorfer Bioenergie GmbH & Co. KG, Walsrode)****Bek. d. GAA Celle v. 16. 9. 2016
— CE000047868-16-051-02 —**

Die Eilstorfer Bioenergie GmbH & Co. KG, Groß Eilstorf 9,
29664 Walsrode, hat mit Schreiben vom 8. 7. 2016 die Ertei-
lung einer Genehmigung gemäß den §§ 4, 16 und 19 BImSchG
in der derzeit geltenden Fassung für die wesentliche Än-
derung einer Blockheizkraftwerkanlage am Standort in Wals-
rode, Kirchboitzen 187, Gemarkung Kirchboitzen, Flur 5, Flur-
stück 108/3, beantragt.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c
i. V. m. Nummer 1.2.2.2 der Anlage 1 UVPG in der derzeit gel-
tenden Fassung durch eine Vorprüfung des Einzelfalles zu er-
mitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung
einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglich-
keitsprüfung in diesem Verfahren nicht erforderlich ist.

Diese Feststellung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.
Sie ist nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBl. Nr. 36/2016 S. 959

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(Naturstrom Wintermoor GmbH & Co. KG,
Schneverdingen)****Bek. d. GAA Celle v. 16. 9. 2016
— CE902001505-16-056-02 —**

Die Naturstrom Wintermoor GmbH & Co. KG, Poststraße 11,
29640 Schneverdingen, hat mit Schreiben vom 4. 8. 2016 die
Erteilung einer Genehmigung gemäß den §§ 4 und 19 BImSchG
in der derzeit geltenden Fassung für die Errichtung und den
Betrieb einer Blockheizkraftwerkanlage am Standort in Schne-
verdingen, Vor den Höfen 2 und 2 A, Gemarkung Wintermoor,
Flur 1, Flurstück 81/2, beantragt.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c
i. V. m. Nummer 1.2.2.2 der Anlage 1 UVPG in der derzeit gel-
tenden Fassung durch eine Vorprüfung des Einzelfalles zu er-
mitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung
einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglich-
keitsprüfung in diesem Verfahren nicht erforderlich ist.

Diese Feststellung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.
Sie ist nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBl. Nr. 36/2016 S. 959

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Hannover**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(Markus Kaffee GmbH & Co. KG, Weyhe)****Bek. d. GAA Hannover v. 20. 9. 2016
— H027829315-116 —**

Die Firma Markus Kaffee GmbH & Co. KG, Industriestraße 16,
28844 Weyhe, hat mit Antrag vom 26. 11. 2015 beim GAA
Hannover die Erteilung einer Genehmigung gemäß § 16 Abs. 1
BImSchG für die wesentliche Änderung der Anlage zum Rösten
oder Mahlen von Kaffee oder Abpacken von gemahlenem Kaffee
mit einer Produktionskapazität von 263 t geröstetem Kaffee je
Tag am Standort 28844 Weyhe, Industriestraße 16, Gemarkung
Kirchweyhe, Flur 6, Flurstücke 260 und 19/10, beantragt.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c
i. V. m. Nummer 1.2.3.2 der Anlage 1 UVPG durch eine stand-
ortbezogene Vorprüfung zu ermitteln, ob für das beantragte
Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeits-
prüfung erforderlich ist.

Diese nach den Vorgaben der Anlage 2 UVPG vorgenommene
Prüfung ergab, dass es einer Umweltverträglichkeitsprüfung
als unselbständiger Teil des Genehmigungsverfahrens nicht
bedarf, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch
das Vorhaben nicht zu besorgen sind.

Diese Feststellung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.
Sie ist gemäß § 3 a UVPG nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBl. Nr. 36/2016 S. 959

Stellenausschreibungen

Der **Landkreis Hildesheim** sucht

eine Erste Kreisrätin oder einen Ersten Kreisrat,

da der bisherige Stelleninhaber zum Landrat gewählt wurde.

Die Besoldung erfolgt nach BesGr. B 5, zuzüglich einer monatlichen Aufwandsentschädigung.

Den vollständigen Text der Ausschreibung mit Hinweisen zur Tätigkeit und dem Anforderungsprofil entnehmen Sie bitte dem Internet unter www.landkreishildesheim.de, Rubrik Bürgerservice/Stellenangebote.

— Nds. MBL Nr. 36/2016 S. 960

In der **Materialprüfanstalt für das Bauwesen** in Braunschweig ist zum 1. 1. 2017 der Dienstposten/Arbeitsplatz

kaufmännisch/technische Leitung

zu besetzen. Der Dienstposten/Arbeitsplatz ist nach BesGr. A 15/EntgeltGr. 15 TV-L bewertet.

Die Materialprüfanstalt (MPA) für das Bauwesen ist ein Landesbetrieb des Landes Niedersachsen. Mit ihren rd. 115 Beschäftigten ist die MPA Braunschweig die größte Prüfstelle in Niedersachsen und seit Jahrzehnten bei der Erarbeitung von nationalen und internationalen Normen beteiligt sowie in der angewandten Forschung in Europa tätig. Sie bietet ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anspruchsvolle Aufgaben mit Verantwortung und Gestaltungsspielraum.

Die kaufmännisch/technische Leitung bildet gemeinsam mit der wissenschaftlichen Leitung den Vorstand der MPA. Zum Verantwortungsbereich der kaufmännisch/technischen Leitung gehören u. a.

- Aufgaben des Arbeitgebers für die Beschäftigten und Aufgaben des Dienstvorgesetzten für die Beamtinnen und Beamten der MPA,
- Aufstellen und Umsetzen der Wirtschafts- und Investitionsplanung,
- Aufsicht über den allgemeinen Dienstbetrieb,
- Aufsicht über die Weiterentwicklung und den Betrieb der technischen Anlagen,
- Formulierung und Umsetzung von Strategien für die zukünftige Entwicklung der MPA,
- Vertretung der MPA gegenüber der Dienst- und allgemeinen Fachaufsicht gemeinsam mit der wissenschaftlichen Leitung.

Die Ausschreibung richtet sich an Bewerberinnen und Bewerber mit der Befähigung für die Laufbahngruppe 2 ab dem zweiten Einstiegsamt und an vergleichbare Tarifbeschäftigte.

Vorausgesetzt wird ein mit einem Mastergrad oder vergleichbarem Abschluss abgeschlossenes Hochschulstudium, vorzugsweise in einem natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Studiengang.

Für die Übernahme der Aufgaben im Landesbetrieb sind ein breites technisches Fachwissen auf dem Gebiet der Prüftechnik, fundiertes betriebswirtschaftliches Wissen, Kenntnisse im Haushalts- und Vergaberecht sowie im Tarif- und Dienstrecht des öffentlichen Dienstes erforderlich. Fachwissen im Qualitätsmanagement und zu Grundlagen der Konformitätsbewertung sind von Vorteil. Erfahrungen in der Aufstellung und Durchführung von Wirtschaftsplänen nach § 26 LHO, im betrieblichen Rechnungswesen und Controlling, in der Personalentwicklung, in Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement sowie IuK-gestützten Prozessen sind gewünscht.

Erforderlich sind neben Führungskompetenz und mehrjähriger Führungserfahrung, soziale Kompetenz, Teamfähigkeit und hohe Belastbarkeit, sowie rhetorisches Geschick, souveränes Auftreten, Überzeugungskraft und Durchsetzungsvermögen. Die Wahrnehmung der Aufgaben erfordert insbesondere hohe Eigeninitiative und ein sicheres Urteilsvermögen.

Kenntnisse im Bereich der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern werden erwartet.

Der Dienstposten/Arbeitsplatz ist bedingt teilzeitgeeignet.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Das MW strebt in allen Bereichen und Positionen an, Unterrepräsentanzen i. S. des NGG abzubauen. Daher werden Bewerbungen von Frauen besonders begrüßt.

Die Bewerbungen von Menschen aller Nationalitäten sind willkommen.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte mit Lebenslauf, Zeugnissen, vorhandenen Beurteilungen und ggf. mit der Einverständniserklärung zur Einsichtnahme in Ihre Personalakten **bis zum 31. 10. 2016** an das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Referat Z 1, Postfach 1 01, 30001 Hannover.

Sofern Sie die Rücksendung der Bewerbungsunterlagen wünschen, fügen Sie Ihrer Bewerbung bitte einen ausreichend frankierten Rückumschlag bei. Andernfalls werden die Bewerbungsunterlagen zwei Wochen nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens vernichtet.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Sponagel, Tel. 0511 120-5470, oder per E-Mail an michael.sponagel@mw.niedersachsen.de, zur Verfügung.

— Nds. MBL Nr. 36/2016 S. 960

Bei der **Samtgemeinde Harsefeld** ist spätestens zum 1. 5. 2017 die Stelle

einer Diplom-Ingenieurin (FH) oder eines Diplom-Ingenieurs (FH), Bachelor of Engineering der Fachrichtung Architektur oder Bauen im Bestand

als Leiterin oder Leiter des Sachgebietes Hochbau im Fachbereich III (Planen und Bauen) zu besetzen.

Bei der Einstellung einer Beamtin oder eines Beamten erfolgt die Besoldung vorbehaltlich des Vorliegens der persönlichen Voraussetzungen der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers nach BesGr. A 11 mit der Möglichkeit des Aufstiegs nach BesGr. A 12 oder bei Beschäftigten nach EntgeltGr. 11 TVöD und des Aufstiegs nach EntgeltGr. 12 TVöD.

Der Aufgabenbereich umfasst u. a. folgende Tätigkeiten:

- Erstellung von Neubauvorhaben bzw. größere Sanierungs- und Umbaumaßnahmen an vorhandenen Gebäuden,
- Überprüfung der samtgemeindeeigenen Hochbauten bezogen auf energiesparende Maßnahmen sowie Durchführung energetischer Baumaßnahmen,
- Bauunterhaltungsmaßnahmen an Schulen, Sportstätten, Kindertagesstätten und sonstigen Gebäuden und alle Architektenleistungen gemäß HOAI,
- baubegleitende Tätigkeiten bei den Bauvorhaben (Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner der Architektinnen und Architekten und der Fachingenieurinnen und Fachingenieure),
- verwaltungsseitige Betreuung des Bauhofs bezogen auf Hochbaumaßnahmen,
- gelegentliche Teilnahme an Sitzungen mit Protokollführung auch in den Abendstunden.

Bei Eignung und Bewährung wird die Übernahme der stellvertretenden Leitung des Fachbereichs III (Planen und Bauen) in Aussicht gestellt.

Eine Änderung des Aufgabenbereichs behalten wir uns vor.

Wir erwarten von Ihnen

- vertiefte Kenntnisse in der Ausführungsplanung, Ausschreibung und Bauleitung,
- umfassende Erfahrungen und Kenntnisse in dem Bereich Bauen im Bestand,
- Fähigkeit zum eigenständigen Arbeiten verbunden mit Verantwortungsbereitschaft und Organisationsgeschick,
- Kooperationskompetenz (Team- und Konfliktfähigkeit),
- Engagement und Einsatzbereitschaft über den eigenen Arbeitsplatz hinaus,
- hohes Maß an Belastbarkeit und Flexibilität,
- PC-Kenntnisse (MS-Office, CAD, GIS) und HOAI/VOB-Kenntnisse setzen wir als selbstverständlich voraus,
- Wahrnehmung von Terminen außerhalb der üblichen Arbeitszeit.

Die Samtgemeinde Harsefeld ist bestrebt, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung werden Frauen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen vorrangig berücksichtigt. Dies gilt auch für Schwerbehinderte. Die Stelle ist nicht teilzeitgeeignet.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte mit aussagekräftigen Unterlagen **bis zum 14. 10. 2016** an die Samtgemeinde Harsefeld, Herrenstraße 25, 21698 Harsefeld.

Informationen über die Samtgemeinde Harsefeld können unserer Internetseite www.harsefeld.de entnommen werden.

— Nds. MBL Nr. 36/2016 S. 960

Bei der **Stadt Barsinghausen** — Region Hannover — ist die Stelle

der Ersten Stadträtin oder des Ersten Stadtrates (allgemeine Vertretung des Bürgermeisters)

im Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren neu zu besetzen.

Die Besoldung erfolgt nach BesGr. B 3.

Näheres entnehmen Sie bitte der ausführlichen Stellenbeschreibung unter www.barsinghausen.de.

— Nds. MBL Nr. 36/2016 S. 960

Herausgegeben von der Niedersächsischen Staatskanzlei
Verlag: Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover; Postanschrift: 30130 Hannover, Telefon 0511 8550-0, Telefax 0511 8550-2400. Druck: Gutenberg Beuys Feindruckerei GmbH, Langenhagen. Erscheint nach Bedarf, in der Regel wöchentlich. Laufender Bezug und Einzelstücke können durch den Verlag bezogen werden. Bezugspreis pro Jahr 130,40 €, einschließlich 8,53 € Mehrwertsteuer und 12,80 € Portokostenanteil. Bezugskündigung kann nur 6 Wochen vor Jahresende schriftlich erfolgen. Einzelnummer je angefangene 16 Seiten 1,55 €. ISSN 0341-3500. Abbonementsservice: Christian Engelmann, Telefon 0511 8550-2424, Telefax 0511 8550-2405
Einzelverkaufspreis dieser Ausgabe 3,10 € einschließlich Mehrwertsteuer zuzüglich Versandkosten

Lieferbar ab April 2016

Einbanddecke inklusive CD



**Fünf Jahrgänge
handlich
auf einer CD!**

Jahrgänge 2011 bis 2015:

- Nds. Ministerialblatt
- Nds. Gesetz- und Verordnungsblatt

Die optimale Archivierung
ergänzend zur Einbanddecke.



→ Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt 2015
inklusive CD

nur € 21,- zzgl. Versandkosten

→ Einbanddecke Niedersächsisches Ministerialblatt 2015
inklusive CD

nur € 21,- zzgl. Versandkosten

Gleich bestellen: Telefax 0511 8550-2405

schlütersche
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG